



Schlingen seher in der Geschichte des Großhändlers bedeutsame  
Bewannungsstücke für den Jaren.

Die Leistungen vom Schlage der Post und der Reichsb.  
1873. S. 10. finden nur einige wenige Eckdaten in  
Frankreich. Und zwar sind es vor allem der Figaro und  
der Gaulois, welche ihre Außenfreundlichkeit und ihren  
Schmerz über den Tod des vielfachen Verdragers Sergius in die  
Worte höchster Entrüstung kleiden. Der Gaulois begehrt die  
Wiederherstellung, in diesem Moment die Hand der Nationalen  
Länder zu erheben. Dagegen erklärt die Pariser Presse in dem  
Moment die Unterstützung der französischen Unterdrückung und  
Verletzung, die seit einem Monat in Russland herrscht. Die  
Petite République erklärt, daß der Großhändler ein  
Opfer des Schicks geworden ist, der in den 15 Jahren seiner  
Wirtschaftsreisen sich kein Aufgebot machte. Die Summe  
ist 100 Millionen. Derjenige, der heute stirbt, ist nicht nur ein  
Verdrager, ungeschickter und verdrägliches Geistes, sondern die  
revolutionäre Bombe hat die hauptsächlichste Stütze des Jaren-  
systems vernichtet. Die Revolution hat ein sicheres und gerechtes  
Ziel. Im übrigen läßt die Summe, daß das Ereignis von  
Moskau den letzten Überrest des Jaren gegenüber der Volks-  
gewaltigkeit in der Richtung jeder Selbsttätigkeit und der Komplexität  
des Republik mit dem im Lebenskampf liegenden Jarentum. Vor  
allem fordert er die Befreiung des Nationalen, Jarentum, das in  
Paris (wie in Berlin) russische Polizeispittel ihr unangenehm  
Gewerbe frei und unter dem Schutze der Regierung ausüben  
dürfen. Die persönliche Unantastbarkeit müsse den russischen  
Eingelanten in der französischen Republik unter allen Umständen  
gemäßigt werden.

Die englische Presse äußert sich ebenfalls beinahe ein-  
stimmig dahin, daß das Attentat eine Antwort auf die Wech-  
seln vor dem Winterpalais in Petersburg sei.

## Die Lage in Russland.

Genau wie Großhändler Sergius sollen auch noch andere Mit-  
glieder des Jarenhauses in den letzten Tagen zahlreiche Droh-  
briefe erhalten haben. Eine unbedingte Unterwerfung hat sich  
der ganzen Bevölkerung bemächtigt. Der halbwegs in der  
Lage ist, lehnt sich Russland den Rücken, um im Auslande die  
weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten. Der Handel steht  
vollständig.

Die internationale Intervention fordert die polnische Bevölkerung. Aus Krakau wird hierüber folgende  
Mitteilung gemacht: Von zwei Seiten fordert die unglückliche  
polnische Bevölkerung eine internationale Einmischung, die  
den Jarenhäusern ein Ende zu machen. Große Arbeitermassen in Warschau,  
Sankt Petersburg und anderen Ortschaften des Kaiserreiches wollen  
sich an die englische Regierung wenden in der nächsten  
Hoffnung, daß diese die Forderung annehmen könne, und die  
Bevölkerung so der Vorteile einer zivilisierten Verwaltung  
teilhaftig werde. Das Gleiche haben die deutschen Fabrikanten  
deselben Bezirks, die weder den Streit, der einen ausge-  
sprochenen politischen Charakter hat, aufhalten, noch sich der  
wunderbaren und taubenden russischen Soldateska entziehen  
können, getan. Eine große Anzahl von ihnen hat sich an den  
Präsidenten von Preußen und an das preussische Ministerium  
mit der Bitte gewandt, deutsche Truppen nach Sankt Petersburg  
zu schicken, um diese Provinz zu befreien. Zwischen der preussischen  
Regierung und der russischen Regierung ist, so wird gerüchelt,  
erzählt, ein Abkommen dahingehend getroffen worden, daß Ab-  
teilungen der preussischen Gendarmen das Recht erhielten, im  
Interesse deutscher Untertanen die Grenze zu überschreiten. —  
Die preussische Regierung wird nicht umhin können, diesem  
durch ein unabweisbares Dementi zu begegnen.

Im Schiffsfahrtsverein zu Petersburg beantragte der Vor-  
sitzende W. G. Korolenko, sich mit einer Petition an die Re-

gierung zu wenden, und zu verlangen, daß Recht wegen seines  
gerichteten Gesundheitszustandes aus der Peter-Pauls-Festung  
gegen Kauten entlassen werde.

## Tagesgeschichte.

Salz a. S., 21. Februar 1905.

### Der Reichstag.

heftig am Montag unter dem Vorwande, eine zweite Lesung  
abzuhalten, die Abhandlungs-Verträge durch. Nach und nach  
sahen sich zu diesem Schauspiel die Häuser des preussischen  
Reichstages an, und erst unter kritischer Beobachtung der  
Stimmen der Zuhörerleiter: erst kamen ganz gewöhnliche,  
dann weltliche Geheimräte, darauf leibhaftige Minister und Staats-  
sekretäre und schließlich mit der Verspätung, die sein hoher  
Rang erfordert, der noch nicht gefürchtete Graf Bülow in  
alleereigneter Person. — Die Sitzung begann mit einer ganz  
kurzen Geschäftsordnungs-Debatte. Die Prozedur der Rufen  
gestaltete der Redner, Industrie, und Arbeiterwelt nach dem  
gewöhnlichen geschäftsordnungsartigen Rufe zu, schloßen,  
dann erst der Geschäftsleiter, dann der Reichstag. Die erste  
die sachliche Beratung mit einer erheblichen Unterhaltung über  
die verschiedenen Materialen-Sorten ein. Der alte Konstruktions-  
minister, Abg. G. G. G., schloß sich dem Reichstag an, die  
schweren Nachteile, die der Industrie aus dem österreichischen  
Handelsverträge — über diesen wurde zuerst verhandelt — er-  
wachsen; aber die nur zu begründete Ueberzeugung, daß es  
nützlicher ist, Güten nach Wien zu tragen, als der Zollmehr-  
heit von Bernunft zu predigen, raubte dem freisinnigen Redner  
alle Scham, seinen Worten alle Freundlichkeit. Bei ein-  
zelnen Positionen drachten einzelne der liberalen Redner nur  
zu berechtigten Fragen über gerade ungläubliche Ungeheuer-  
lichkeiten vor, so montierte Abg. Walla in die mächtigst-  
klingende Forderung, daß der Zoll auf rotem Holz höher ist,  
als der auf Weißem. Aber was hilft es, wenn die Grachen —  
und was für Grachen! — sich über die eigenen Läten be-  
klagen? Den einzigen Weg, auf dem sie ihre Sünden wieder  
gutmachen können, und den ihnen Genosse Singer vorzuschla-  
gen, nämlich die Handelsverträge abzuschließen, wollen sie doch nicht  
gehen. Hatte doch in einer echt nationalliberalen, fessel-  
wachen Rede der in Offizialton gedahlte hamburgische Handels-  
vertreter Dr. Semler unter Volanten-Gezänk und mit  
einem dem totalen Capitul verabschieden Geselzstich die Zu-  
stimmung seiner Fraktion zu den von ihm als „nationaler La-  
bezeichneten Handelsverträgen verhandelt! So wurde denn der  
entscheidende Artikel des österreichisch-ungarischen Handelsver-  
trages mit 192 Sozialdemokratischen Stimmen gegen 53 sozialdemo-  
kratische und freisinnige Stimmen angenommen.

Beziehungen wurde die Weichen-Konvention angenommen,  
nachdem der sächsische Bauernführer und Wegler Häupter  
durch ein richtiges Spiel aus Schiller den Reichstagen be-  
schäftigt hatte, der die deutschen Klassen in der Ausgabe der  
Lante Joh zu altieren pflegt.

Es folgte der russische Handelsvertrag. Seine  
Beratung hielt das „Gesetz“ nicht lange auf. Freisinnige  
Abgeordnete brachten den Zoll auf Schaffhausen zur Sprache.  
Mit gutem Humor bemerkte Genosse Scheidemann: die  
gamen Vertreter sind eine einzige große Schafherde, mit denen  
die Agrarier alle übrigen Völkchen führen. — Der russi-  
sche Vertrag wurde mit 198 gegen 61 Stimmen angenom-  
men. Die fünf verbleibenden Verträge — mit Italien,  
Belgien, Rumänien, der Schweiz und Ser-  
bien — wurden nach dem Sprichwort „Geschwindigkeit ist  
keine Sünde“ in Handumdrehen erledigt. Dem geistlichen Handels-  
vertrag ließ sogar die Freisinnige Bewegung durch den  
Wund ihres Finanzministers, Dr. G. G. G., ein gutes Zeugnis  
ausstellen. Einen nicht überflüssigen Nachtrag machte der Volks-  
vertreter G. G. G.: er schlug vor eine billige Volksaus-  
gabe des unverständlichen General- und Vertragsstoffs zu ver-  
anlassen.

So ist denn die zweite Lesung der Handelsverträge er-  
ledigt. Die dritte Lesung findet am Mittwoch statt, wäh-  
rend der Dienstag als Sprechtag zur Beratung der  
verschiedenen Anträge aus dem Hause auf Errichtung eines  
Reichsarbeitsamts, Einführung von Arbeits-  
kammern usw. benutzt werden soll.

### Im Abgeordnetenhause.

Die Verhandlungen des Finanzministeriums in verhältnis-  
mäßig kurzer Zeit erledigt. Die Hauptfrage, die eine  
ängere Debatte hervorgerufen hätte, die Leistung des Re-  
gierungsabgesehenes Königs, wurde nicht in der Regierung  
in Mitleiden wurde nämlich ausgeschaltet. Die betreffen-  
den Positionen wurden noch einmal an die Budget-Kommission  
zurückverwiesen, weil die Regierung die ganze Frage erst  
dem österreichischen Provinziallandtag noch einmal zur Be-  
urteilung unterbreiten wollte. Debatte wurde im Anknüpfen  
die Finanzminister die gegen die Stimmen der Zentrum,  
der Freisinnigen und der Polen wieder befristet wurde, über  
die Polenpolitik, dann über das Polizeiverfahren; und außer-  
dem über eine Reform der Einkommensteuer. Die Vertreter  
der Nationalliberalen und Freisinnigen wandten sich gegen  
eine höhere Belastung derjenigen Städte, die das Glück des  
Besitzes einer königlichen Polizeiverwaltung haben. Die Re-  
gierung scheint aber, wie aus Bemerkungen des Finanz-  
ministers Freiherrn v. Rheinbaben hervor, die Absicht  
weiter zu verfolgen, diese Städte mit höheren Beträgen zu be-  
lasten zur förmlichen Polizeiverwaltung zu veranlassen. Sch-  
wohl im G. G. G. nur fest, daß die Städte höchstens bis zu  
33 1/2 Prozent der Beiträge herangezogen werden können,  
soweit die Regierung der Auffassung zu sein, daß die Städte ein  
Drittel der Kosten tragen müssen, und es schmerzt sie  
wahrheitlich oft, daß speziell die Stadt Berlin mit einem  
Beitrag von etwa 20 Prozent belastet wird.

Die der Finanzminister mittelst der bereits eine Novelle  
zum Einkommensteuer-Gesetz ausgearbeitet. Sie wird dem  
Hause im Herbst zugehen, in nächster Zeit aber schon mit der  
Minister der Budget-Kommission den Inhalt des Entwurfs  
mitteilen. Die Rechte der Stadt Berlin wurden wie bei der  
Polizeiverwaltung auch bei der Frage der Unterhaltung des  
Reichstages anerkannt. Die Debatte wurde im Anknüpfen  
freisinnige Abgeordnete wies darauf hin, daß die Krone der  
Liegarten 1655 von der Stadt Berlin zum Geschenk erhalten  
habe und daß die immerhin hohe Beitragspflicht der Kommune  
Berlin nicht gerechtfertigt sei. Herr v. Rheinbaben  
erwiderte, die Krone der Liegenschaften sei zweifelsfrei, wenn  
falls sie aber das Geschenk ein omnibus. Der Minister meinte,  
vielleicht nähme die Stadt Berlin den Liegarten wieder zu-  
rück und unterhalte ihn ganz allein aus der Stadtkasse. Herr  
Rosenow o. quillerte über diesen Vorstoß mit einem mit  
großer Heftigkeit aufgenommenen „Witz“. Sehr ernst wurde  
der Vorstoß des Ministers nicht gemeint sein. Seit der  
Kultus-Gesetz zur Beratung.

### Privateigentum, wirtschaftliche Freiheit und Bergrecht.

Die bereiteten Reformen, zu denen sich die preussische Re-  
gierung durch den letzten Bergarbeiterversuch gedrängt sah,  
haben, wie wir gestern schon mitteilten, mit einem Gesetzentwurf  
über die Stilllegung der Leichen begonnen, zu dem

jeht auch die Bergabndung vorliegt. Jezt endlich ist die  
preussische Regierung zu der Ueberzeugung gekommen, daß der  
§ 65, der die Verpflichtung des Bergwerkseigentümers zum  
Betriebe des Bergwerks betrifft, gegenüber den heute in Be-  
tracht kommenden Verhältnissen völlig ungenügend ist, um den  
öffentlichen Interessen wirksam Schutz zu gewähren. Das  
preussische Berggesetz vom 1855 hatte unter dem Einfluß der  
damals herrschenden Theorie vom freien Spiel der wirtschaft-  
lichen Kräfte die bis dahin geltende Verpflichtung des Eigen-  
tümers zum Betriebe des Bergwerks befristet. Zutreffend lag  
darüber die Begründung:

Im allgemeinen konnte damals davon ausgespart werden,  
daß die Frage, ob ein Bergwerk zu betreiben sei oder  
nicht, von den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen, dem  
Werte des Bergwerks, der Kontinuität, den Preisen usw.,  
bestimmt werden müßte und daß bereits diese wirtschaft-  
lichen Faktoren den Bergwerkseigentümer zu einer sachge-  
mäßigen Entscheidung über seine Maßnahmen bestimmen wür-  
den. Es konnte auch angenommen werden, daß das durch  
die Unterlegung eines Bergwerkbetriebs geschaffene öffent-  
liche Interesse zu einem höchst höheren Grade führen und  
dadurch den Bergwerkseigentümer veranlassen würde, den  
bis hier unterlassen oder stillgelegten Betrieb zu eröffnen.  
Die preussische Regierung erkennt jezt an, daß dieser prin-  
zipielle Standpunkt des wirtschaftlichen Liberalismus heute  
unhaltbar geworden ist. Der Bergbau, heißt es weiter, habe  
sich jezt zu einer mächtigen Großindustrie entwickelt, an die  
Stelle der einzelnen Unternehmer seine Leuzis und Syndalate  
getreten. Es wird jezt die Technik der Zedentillegung  
geschilbert, um zu dem Schluß zu gelangen, daß der Einfluß  
der Staatsgewalt auf den Betrieb der Bergwerke vermehrt  
werden müsse. Es gelte, ein Verfahren einzuführen, das  
einen wirksamen Schutz der durch Unterlassung eines Berg-  
werkbetriebs gefährdeten öffentlichen Interessen bietet. Der  
vorliegende Entwurf suche dieses Ziel zu erreichen, indem er  
die baldige und erfolgreiche Mangereberzeugung eines außer  
Betriebe gesetzten Bergwerks sucht, und die Möglichkeit eines  
Zwangsbetriebes des Bergwerks durch einen staatlich ange-  
stellten Bergverwalter auf Kosten des Bergwerkseigentümers vor-  
schreibt.

Diese Beschlußfolgerungen der Regierung sind theoretisch  
richtig, und für den Sozialisten besonders interessant,  
weil die in ihnen liegenden Zugeländnisse beweisen, wie wenig  
die starre Eigentumstheorie der Kapitalisten eine ewig gültige  
Norm sein kann. Ein volles Privatigentumsrecht an Berg-  
werken, das als positive Seite das Recht der Zerstörung in  
sich einschließt, hat es in überaus auch nach dem alten  
Berggesetz nicht gegeben. Die neue Reform, so sagt sie  
auch sein mag, bedeutet doch einen weiteren Schritt zur  
Einschränkung der kapitalistischen Eigentumsfreiheit, und dieser  
Schritt wird richtig aus den laßigen Notwendigkeiten der zu-  
nehmenden Kapitalkonzentration begründet. Wenn einmal das  
Votariat daran gehen wird, die Eigentümer der nationalen  
Bodenstücke, da sie ihr Eigentum ausdehnerisch im Gegensatz  
zum öffentlichen Interesse benützen, mit anfänglichen Pensionen  
und einem Runderückstellung um die Erde zu entlassen, so wird  
es sich nicht zu einem gewissen Grade auf die Theorie der we-  
land förmlichen Staatsregierung von Preußen berufen dürfen.  
Allerdings nur auf die Theorie, nicht aber auf die Art, in  
der die preussische Regierung ihre Theorie anwendet. Denn  
wenn die preussische Regierung die gesetzlichen Waffen wieder  
die Wälder der Bergarbeiter anzuwenden gedenkt, geht daraus her-  
vor, daß sie die bisherigen Beschäftigungen in der Begrün-  
dung des Bergwerkes gegen das Besondere, als  
ausdrücklich billig. Sie erklärt nämlich, bisher habe  
es sich bei den Stilllegungen „meist um Bergwerke gehandelt,  
die infolge ungenügender Verhältnisse einen wirtschaftlich lohnen-  
den Betrieb nicht mehr vertragen“.

Hier also, wo es sich nicht mehr um die Theorie, sondern  
um Wegweiser der künftigen Praxis handelt, dreht sich die  
Logik der Regierung im Kreise herum. Wenn die Arbeiter-  
herren nun solche Forderungen stellen, deren Betrieb sich nicht  
mehr lohnt, — was dann ein Gesetz gegen das Zerknirsch-  
legen, die Gegner des Entwurfs, soweit sie Vertreter des  
Bergwerkes sind, werden dieses von Bergarbeitern geliebte  
Kompliment weidlich zu Zwecken ihrer Opposition auszunutzen  
wissen.

### Die Geschichte eines Denkmals.

In der Stadt Graudenz hatte sich ein patriotisches Komitee  
gebildet, um auf dem Marktplatz ein Denkmal Wilhelm I. zu  
errichten. Prämiert wurde ein Entwurf, an dessen Stelle ein  
Medallionbild des Kaisers angebracht ist, während ihn eine echt  
germanische Wälfur als Hauptfigur stiert. Das Komitee aber  
erhielt vom Regierungsvorstand die Mitteilung, daß Wilhelm I.  
den Entwurf nicht genehmigt habe. In diesem von zwei  
Ministern unterfertigten Schreiben heißt es nach einem Bericht  
des Berl. Tagelb. wörtlich:

„Wahrheitsgemäß (nämlich die Majestät der Kaiserin) Wilhelm I.  
für den Anblick, daß die Anbringung des kleinen Bild-  
reliefs. Es war nicht das Gesicht des Kaisers, das die  
Großen an dem verhältnismäßig großen Bildwerke der Bild-  
sicht der Stadt Graudenz, der Erinnerung an den Selbsten-  
faller ein würdiges Denkmal zu widmen, nicht genügend  
Ausdruck zu geben vermag.“

Es wird also dem patriotischen Komitee nichts anderes über-  
lassen, als eines der vorerwähnten Bilder weiterzubehalten  
stellen zu lassen, obwohl es offenbar ursprünglich der Ansicht war,  
daß es bei einem Kunstwerke mehr auf die Art der ge-  
samten Ausführung als auf die Dimensionen ankomme.

### „Erfassbare Menschen.“

Der unter diesem Titel erschienene Roman des Freiherrn  
v. Schlicht (Großen Baudiffen) beschäftigt auch gegen den  
Reichstag. Auf Grund des § 28 des Berggesetzes ist am  
7. Juli v. J. vom Landgerichte Aachen der Buchhändler  
Georg Rosengel zu einer Geldstrafe von 30 M. verurteilt  
worden. Nachdem der Roman bei dem Verleger Otto Janke  
in Berlin beschlagnahmt worden war, kaufte ihn der Wiener  
Verlag und druckte eine Firma darauf. Im Schaufenster des  
Angelagten sah ein Schuhmann das Buch, und er beslag-  
nahmte es. Der Angeklagte will damals keine Kenntnis von  
der Beschlagnahme gehabt haben. Dies seien dem Gerichte  
unabhängig. Wenn er aber geglaubt haben sollte, daß durch  
den Verleger in einem anderen Bezirk die Beschlagnahme  
angehoben sei, so würde dies ein Verstoß sein. — Die  
Revision des Angeklagten, der sich auf seinen guten Glaubens-  
beweis und behauptete, der subjektive Tatbestand sei nicht aus-  
reichend festgesetzt, wurde vom Reichsgerichte als unbegründet  
bzworfen.

Der Vollstreckungsbeamte. Die Freisinnige Volkspartei  
hat beschlossen in der Kommission für die Buchverbreitung  
genannt und wird voraussichtlich, zum größeren Teile wenigstens,  
auch in diesem Jahre stimmen. Sie erntet dafür den Dank  
des Nordd. Allg. Ztg., welche schreibt:  
„Im übrigen aber finden wir eine wahrhaft im-  
ponierbare Majestät, deren Bild daburd



Besonders markante Fälle erzählt, daß auch die Vertreter der Freiwirtschaften Volkswirtschaft und des Bundes der Landwirte sich für Annahme der Handelsverträge entschieden haben.

Die Freiwirtschaft Volkspartei bereitet der Regierung den Stolz einer „wahrhaft imponierenden Majorität“. Freude ist bei den Wählern über die Sünden, die Wüste tun.

**Zur Jentzums Toleranzen.** Einen Fall ultramontaner Duldbarkeit meldet die demokratische Vorwärts-Volkzeitung aus Gumbinnen in Westpreußen. Dort hat ein Mann Namens Anton Weidener, dessen Vater der genannte Jentzums war, die Volkzeitung nicht mehr auszugeben, weil er die Volkzeitung austrage. Der Vater bestand darauf: Nur wenn Weidener verspräche, die Volkzeitung nicht mehr auszugeben, würde er ihn abzulösen, was Weidener schließlich versprach. Als er die Kirche verlassen, begann er sich wieder eines anderen. Er ging daher am nächsten Morgen nicht zur Kommunion und trägt die Zeitung weiter aus.

Man kann diese Kerisalen Maßregeln nur dann richtig verstehen, wenn man weiß, welche furchtbaren Folgen nach Meinung der gläubigen Katholiken die Verneinung der Sakramente für die Seelenheil hat, nämlich ein ewiges Schicksal im Höllenfeuer. Die katholischen Geistlichen wissen ihr heiliges Volkswortzeug sehr gut zu politischen Zwecken zu handhaben.

**Deutsche Seelen in russischen Zwangsdiäten.** In der Begleitung der Flotte Roschischewskis, die sich noch immer bei Madagaskar aufhält, befinden sich mehrere deutsche Kohlenkutschler, deren Befehl die Versorgung der russischen Flotte mit Kohlen übernommen haben. Diese Begleitung war natürlich nur für die Fahrt, nicht aber für den unmittelbaren Kriegsschauplatz vorgesehen, auf dem die deutschen Kohlenkutschler von den Japanern billigerweise als ein Teil der feindlichen Macht betrachtet werden müßten. Nun hat die Nachricht, daß ein Teil der japanischen Flotte im Begriff sei, die russische Flotte in den indischen Gewässern aufzuwachen, unter der etwa 500 Mann starke Besatzung der deutschen Dampfer einige Aufregung hervorgerufen, da diese Leute, die als Arbeiter, nicht als Krieger im Dienste einer feindlichen Handelsgesellschaft stehen, keine Lust haben, sich für Väterchen zu erziehen zu lassen. Wie die Zeit am Montag mitteilen weiß, verweigert nun die Besatzung von zwei deutschen Dampfern die Weiterfahrt, da sie nur dazu angeworben sei, die russische Flotte durch friedliche Gewässer zu begleiten. Dagegen wollen die Kapitäne eine solche Einschränkung nicht anerkennen und fordern unbedingten Gehorsam.

Deutschland hat ohnehin dadurch, daß es die Kohlenversorgung der russischen Flotte durch deutsche Gesellschaften zuließe, einen Neutralitätsbruch begangen. Jetzt aber heißt es mit gegangem, mit gegangen. Es handelt sich jetzt um die sehr interessante Frage, ob friedliche deutsche Seelen mit Gewalt in den Bereich der japanischen Kriegsmacht gezwungen werden dürfen, ohne daß sich der Reichstag ihrer annimmt und ihnen zu ihrem Recht verhilft, ob deutsche Reichsangehörige durch Privatvertrag mit einer profitulierten Kapitalistengesellschaft verpflichtet werden können, ihr Leben für den Jaren in die Schanze zu schlagen.

### Inselnd.

**Frankreich.** Bett Parisienne bringt folgende Schilderungen zu den Grausamkeiten im Kongogebiet: Fälle von Ertrinkung in nassem Gefängnisgraben führen zur Klüftung der dadurch Betroffenen, da sie nicht zur Luft sollen. Das barbarische Polizeiverfahren, einem des Diebstahls verdächtigen Individuum glühendes Eisen über Gesicht zu halten und dabei seine Arme zu fixieren, führte neulich zu Menden, infolge heftiger Bewegungen der Infizierten. Dem zum Tode Verurteilten wird eine weiße Tude angelegt, deren Kanten rot angefräsen ist und auf den Hals abdrückt. Der Delinquent kann im Spiegel die kritische Szene sehen. Eine Hauptursache der Unfälle ist die Verpöschung der Steuer-Erhebung an bedürftige graufame Personen, welche keine Quittungen geben, so daß die Steuer drei- und viermal eingetrieben wird.

**England.** Die Arbeiterpartei und die Arbeiter-Vertreter des Parlamentarischen Komitees der Gewerkschaften und des Komitees des allgemeinen Gewerkschaftsbundes, haben in einer Konferenz beschlossen, bei den nächsten Wahlen in jedem Wahlkreis immer nur einen Arbeiterkandidaten aufzustellen. In Wahlkreisen, wo ein Arbeitervertreter nicht kandidiert, bleibt es den Wählern überlassen, wenn sie ihre Stimme geben wollen.

**Belgien.** Ein belgischer Agent Namens Semons wurde wegen graufamer Behandlung von Eingeborenen zum Tode

verurteilt. Vier Agenten der Absteigerei wurden aus demselben Anlasse schwer bestraft. Ebenso wurden zwei Offiziere Namens Massart und Kengez auf Veranlassung der Untersuchungskommission unter Anklage gestellt.

**Italien.** Der Hauptmann Crocetti, welcher vor einigen Monaten wegen Hochverrats in Messina verhaftet worden ist, hat nunmehr einen Divisionsgeneral im Generallitabe und einen Obersten befehligt, mit militärischen Dokumenten Handel getrieben zu haben. Er versichert, jeder der beiden Offiziere habe 50 000 Francs als Entgelt für den Verkauf der Dokumente erhalten.

### Der Krieg in Ostasien.

Von dem mancherseitigen Kriegsschauplatz wird gemeldet, daß russische Streitkräfte auf chinesisches Gebiet übergetreten sind. Diese Streitkräfte bestehen aus 15 000 Mann Infanterie, 500 Kanonen und 64 Geschützen. Der Vorstoß erfolgte in der Nähe von Simningin. Die chinesischen Behörden verlangten die Zurückziehung der russischen Truppen, doch wurde diese Aufforderung von den Russen vollständig ignoriert.

General Griepenberg, der dem Jaren Bericht über die Vorgänge bei Sandpu abgefaßt hat, wiederholt, daß Kurapatin ihm die Art und Grenze seines Vorgehens bestimmt vorgeschrieben habe. Die Furcht des Oberbefehlshabers wegen eines Angriffs der Japaner auf das russische Zentrum sei gänzlich unbegründet; der Furcht sei ja nicht einmal zu einer Demonstration gekommen. Kurapatin habe augenscheinlich nur ein Anglistphantom verfolgt. Er habe die Nachricht von einem geplanten Angriff gegen das Zentrum aus chinesischer Quelle erhalten, die jetzt ausweislich ist.

In Petersburg wurden militärischen Kreisen berichtet man es dem General Griepenberg sehr, daß er sich über seine Anklagen schon öffentlich geäußert hat, die er dem Jaren Bericht erstattet hat. Zur Erklärung wird allerdings angeführt, er sei so erbittert über sein nach seiner Ansicht unrichtiges Missgeschick, daß er seinem Verzei Luft machen mußte.

### Die Wohnverhältnisse der Prostituierten.

Die Deutsche Gesellschaft zur Beseitigung der Geschlechtskrankheiten hat eine Umfrage bei den Kommunal- und Polizeibehörden der Groß- und Mittelstädte über die Wohnverhältnisse der Prostituierten veranlaßt, deren Ergebnisse jetzt vorliegen. In einer von der genannten Gesellschaft einberufenen Versammlung erstattete Paul Kampffmeier darüber einen Bericht. Antworten sind aus den meisten der befragten Städte eingegangen, zum Teil mit ausführlichen Darstellungen aller einschlägigen örtlichen Verhältnisse. Von den Großstädten seien Berlin, Hamburg, Braunschweig, Düsseldorf, Hamburg, in Vorhalle — „im polizeilichen Sinne“ bestimmt nicht erstreiten, hat prinzipiell jede Auskunft abgelehnt. Aus dem vom Redner vorgetragenen Tatsachen-Material ergibt sich, daß die Wohnverhältnisse hinsichtlich der Wohngelegenheiten der Prostituierten im einzelnen sehr verschieden sind, aber alle darauf hinauslaufen, daß Wohnen der Prostituierten in belebten Straßen, bei Schulen, Kirchen, Kaffeehäusern und anderen öffentlichen Gebäuden zu verhindern, den Prostitutionsbetrieb in den Wohnungen unzulässig zu gestalten, Kinder und Unmündige von den Prostituierten fernzuhalten usw. Dessen lehren die Bestimmungen wieder, daß kein Vergernis innerhalb oder in der Nähe der Wohnhäuser von Prostituierten erzeugt werden darf, bei Strafe sofortiger polizeilichen Ausweisung. In einigen Polizeibehörden richteten sich sehr scharfe Verbotbestimmungen gegen das Zusammenwohnen und Zusammenhalten der Prostituierten mit Kindern und jugendlichen Personen. Unmündige dürfen z. B. in Breslau nicht als Aufwärtinnen bei Prostituierten beschäftigt werden. Es bing geht noch weiter: es dürfen als Aufwärtinnen nur solche weibliche Personen beschäftigt werden, die mindestens 45 Jahre alt sind; Kinder und weibliche Personen unter 45 Jahren dürfen in der Wohnung überhaupt nicht geduldet werden. In mehreren Städten sind Einzelbestimmungen über zulässige Wohngelegenheiten nicht vorhanden, sondern die Entscheidung von Fall zu Fall der Polizei vollständig anheimgegeben. So heißt es in Düsseldorf: „Wohnungen, die nicht zweckmäßig sind, können verboten werden.“

In einer ganzen Anzahl von Städten sowohl die Wohnpolitik der Behörden als die Hinhaltungen der Prostituierten in bestimmte Straßen (Kaffeehäuser) und auch in bestimmte Häuser (Vorbestimmung). Freiburg i. B. hat sogar ein öffentliches Bordell, dessen Einrichtung einem „polizeilich einwandfreien“ Unternehmen überlassen wurde. Unter anderem hat auch Worms zwei unter Aufsicht stehende Bordelle. Für Hamburg steht nach Feststellungen von Dr. Walchoh-Bordellmann fest. Wie der Hamburger Verein zur Hebung der öffentlichen Sittlichkeit konstatieren konnte, lebten 1902 dort in 13 „unwürdigen Straßen“ 459 schulpflichtige Kinder, darunter

216 Mädchen, allein in der Speckgasse 155. Von den Bordellen Hamburgs kann gesagt werden, daß sie direkt den leueren Verfall fördern. — In Rassel hat das Zusammenwohnen der Prostituierten in einem bestimmten alten Stadteil das gefährliche Treiben der Zuhälter beartigt, daß sich nicht nur Bären- und Prügelnissen, sondern Messerbederien und schwere Schlägerien betrieblisch spielen. Die Polizei verbietet das Wohnen der Prostituierten in jenem Stadteil. Zurzeit wohnen sie über das ganze Stadt-Gebiet zerstreut. Eine nicht unbedeutende Zahl besitzen eigene kleine Häuser.

Kennzeichnend für unser allgemeines Wohnungs-Elend sind folgende Ausprägungen der Köhler-Verhältnisse: „Dem Prostitutionsbetrieb in Häusern, wo eine größere Anzahl Kinder wohnt, wird zunächst vorgebeugt. Ein begünstigtes allgemeines Verbot wäre aber nicht durchführbar, weil, abgesehen vom Mangel einer auch nur annähernd genügenden Menge an freien in Dinen verfügbaren Wohnungen, ersahrungsmäßig gerade die mit zahlreichsten Kindern besetzten Arbeiterfamilien mit Vorliebe in Dinenquartieren oder deren unmittelbarer Nachbarschaft sich einnisten, weil sie anderwärts mit ihren vielen Kindern von den Hausvätern nicht aufgenommen werden und sie auch in den durch die Anwesenheit beim die Nachbarschaft der Dinen in ihrem Mietwert herabgedrückten Häuser verhältnismäßig billige Wohnungen finden.“ (Der Verfasser dieser Aufsätze scheint am in sprachlichen Ausdrucksmitteln zu sein. Nur so erklärt er sich, daß er von der „Vorliebe“ der Arbeiter für Wohnungen in Dinenquartieren spricht. Aus seinen eigenen Ausführungen ergibt sich, daß die Arbeiter durch mangelndes Einkommen, Wohnungsverhältnisse und hausarmer Anwesenheit in Stadtgegenden getrieben werden, in denen die Prostitution haust.)

Der geheimen Prostitution stehen die Stadt- und Polizeiverwaltungen naturgemäß nachlässig gegenüber. Die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der Prostitution sind eben durch Polizei-Bestimmungen nicht zu beseitigen. In Dresden kennt man 300 Prostituierte, an sich ein günstiges Verhältnis zur Zahl der Einwohner. Der Rat der Stadt sagt aber, die geheime Prostitution schmeiße inoffiziell weit verbreiteter zu wirken, ohne daß die Sitten- und Sittlichkeitspolizei nicht dagegen tun könnte.

Der Redner kommt zu dem Schluß, daß die Regelung der Wohnverhältnisse der Prostituierten durch Polizei-Bestimmungen nicht der richtige Weg sei. Er schlägt einschneidende Bestimmungen in einem Wohnungsgesetz vor, das zugleich die Einrichtung ehrenamtlicher Wohnungspfleger und von Wohnungsämtern schaffen müsse unter vollständiger Trennung der Wohnungsaufsicht von der allgemeinen polizeilichen Tätigkeit. Folgende Bestimmungen hält er in diesem Rahmen für angebracht: Wohnungen, die von Prostituierten bewohnt werden, dürfen sich nicht in der Nähe von Schulen, Kirchen und anderen öffentlichen Gebäuden befinden und sind möglichst außerhalb der verkehrsreichen Straßen und Plätze zu legen. Die an Prostituierte vermieteten Wohnungen dürfen nicht in ansonderiger oder auch nur Unwissen erregender Weise das Prostitutionsgewerbe in die Öffentlichkeit treten lassen. Prostituierte dürfen nur in Einzelwohnungen oder in Familien-Einrichtungen ohne Kinder und Minderjährige aufgenommen werden. In den Wohnungen mit Prostitutionsbetrieb dürfen nur ältere Personen (über 40 Jahre) Handarbeiten und Hausdienste verrichten. Den Prostituierten muß jedes ein eigenes von der Familien-Einrichtung getrenntes Zimmer mit eigenem Bett und anderen öffentlichen Einrichtungen für die Reinlichkeitspflege zur Verfügung stehen. Der Referent meint, die Wohnungspfleger und -Inspektoren könnten sehr viel zur Beseitigung der sanitären Mängel auch im Prostitutionsgewerbe tun. In Verbindung damit müßte allerdings ein Institut zur beruflichen Gesundheitspflege und eine zugleich eingetragene Frauenunterstützungs-Einrichtung. Dann werde den Geschlechts-Krankheiten eine entscheidende Schlappe geschnitten werden.

### Lokalkiste für Merseburg-Querfurt.

- Merseburg: Restaurant zur Finkenburg.
- Rein-Beina: Restaurant von Weller.
- Wagwitz bei Dürrenberg: Gasthof von Bippel.
- Waldhof.
- Schkeuditz: Deutsches Haus, Bahnhofstraße.
- Müllers Restaurant, Bahnhofstraße.
- Moris Müllers Restour, Leipzigerstraße.
- Bergschänke, Leipzigerstraße.
- Stadt Leipzig.
- Quelle Louise.
- Weißer Laube, Gassestraße.
- Sandbarthen.
- Geheimer Baum.
- Völkergarten, Waldrestaurant.

Veränderungen und Verwechslungen sind stets sofort zu melden an Conrad Müller, Schkeuditz, Auguststraße 2.

Verantwortlicher Redakteur: H. Wehmann in Halle.

# Besonders günstige Gelegenheitskäufe

# Wäsche-Ausstattungen.

Grosse Posten  
Tischzeuge, Leinen-Baumwollwaren  
zu ausserordentlich billigen Preisen.

# Brummer & Benjanin

22/23 Gr. Ulrichstrasse 22/23.





## Die Genossenschafts-Buchdruckerei

hat mit ihrem Einzug in das von ihr errichtete Gebäude eine geschäftliche Entwicklung abgeschlossen. Wie reich ist an interessanten Erlebnissen trauriger und freudiger Art. Ein gelungenes geschäftliches Leben ging aus dem von der Entwicklung, Verdichtung und Ausdehnung der Genossenschafts-Buchdruckerei im allgemeinen, des Volksblattes im besonderen. Als am 1. April 1890 das Volksblatt begründet wurde, mußte man froh sein, überhaupt einen Drucker zu bekommen. Es mußte noch der Geist des Sozialistengesetzes im Bürgertum, und Zellen und Parteien, wie man damals unsere Parteigenossen nannte, war alles zu erwarten. Also Vorsicht! Kein, ganz kein mußte der Druck begonnen werden. Die Firma nebenbei bemerkt, noch heute zu einlässigen Druckarbeiten Verwendung findet — das Bagnis. Die Maschine war aber handbetrieben und mußte durch vier Arbeiter abwechselnd gearbeitet werden. Es war dies in demselben Hause

### Geißstraße 21.

das die Genossenschaftsdrucker am Sonnabend verlassen hat. Im zweiten Hof in einem misigen Raume hatten Redaktion, Verlag, Exzerat und Druckerei Frieden, bis aber vielmehr manövriert sehr unriedlich nebeneinander, die es an Platz mangelte, und bei allen Arbeiten die Beschäftigten sich gegenseitig im Wege waren. Alles Ungemach, das naturgemäß mit einem Druckbetrieb verbunden ist: Die Rasse, der durch die Maschine verbreitete unlesbare Geruch, die Ausbünstlungen der Farben mußten von den anderen Kammern willig in Kauf genommen werden; es gab ja kein Entrinnen. Wie man uns erzählt, war durch das Reinigen der Drucksteinen der Farbe mehr als einmal eine „große Leberstimmung“ zu konstatieren, so daß die Exzerat nur auf gelegenen Breiten an ihre Bestimmung gelangen konnten. Zu allen Leberstößen ist dem einen Kompagnon der Druckerei, Krüger, ein, daß er eigentlich ein sozialdemokratischer Mann ist, und daß ihm hätte diese neue Richtung nicht, und so hätte er aus der Firma aus. Das wäre nun nicht weiter schlimm gewesen, wenn der gute Mann nicht wie Engel auf seinem Schein, d. h. auf der Herzenshaltung seines ziemlich erheblichen Anteils bestanden hätte. Das Unternehmen war nahe daran, den ersten Konkurs zu machen, denn die Angst um „sein Geld“ war es ja gerade, die Krüger zum Austritt veranlaßte. Die politische Tendenz des Bagnis galt ihm nur als Ausrede. Das half aber alles nichts, Geld mußte beschafft werden. Es gelang. Der jetzige Geschäftsführer Genosse F. h. n. g., damals in Leipzig, trat Mitte Mai 1890 mit einem kleinen Kapital in die Druckerei ein, die sich nunmehr Krüger u. K. nannte. Damit war der erste Konkurs vermieden, und schließlich ist es überaus zu feststellen nicht. Die Geschäftslage des Unternehmens hatte sich etwas gehoben, man arbeitete mit „Dampf“ in Gestalt eines Galvanometers und einer Schnellpresse. Redaktion und Verlag waren in verschiedenen Räumen umher und nirgends wollte es passen. In den großen Hintergebäuden des Hauses Geißstraße 21 mußte kein Raum, mit welchem nicht zeitweilig Zelle des geschäftlichen Betriebes des Volksblattes untergebracht waren.

Das Geschäft ging also, aber bald fehlte es wieder an Geld. Neuanforderungen und Verzögerungen erforderten Kredit. Und diesen hatte das junge Unternehmen nicht. Es waren ja Sozialdemokraten, man mußte — nach bürgerlicher Auffassung — mit Gewährung der Einzahlung von Zahlungen sehr vorsichtig sein. Wieder wurde Rat gesucht. Am 1. Dezember 1890 — das 1. Geschäftsjahr war anscheinend das schwierigste — gründeten eine Anzahl Genossen die heutige

### Genossenschafts-Druckerei

und beteiligten sich in ungefährer Stärke von 150 Mann an dem neuen Werk. Die Firma Bentzin u. K. löste sich auf, aber die Genossenschaftsdrucker hatte die alte Schuldlast zu übernehmen; sie überstieg noch bedeutend die Summe der angelegten Kapitalien.

Man fiel es auf einmal dem Hauswirt ein, an der ganzen Richtung Anstoß zu nehmen. Einfluße von verschiedenen Seiten der Gegner der Sozialdemokratie waren bei ihm verjagt worden und nicht ohne Erfolg geblieben. Er warf die Genossenschaft förmlich hinaus, so daß diese sich im Jahre 1891 um neue Räume bemühen mußte. Sie erhielt folgende

### in der Hölbergstraße.

### Im jetzigen Gebäude des General-Anzeigers,

aber „neu“ waren sie nicht. Ganz im Gegenteil sah das Ding von außen und noch mehr von innen wie eine förmliche Ruine aus. Verwundert saugte der Fremde über diese Kontor- und Geschäftsräume; in der Redaktion fragten die höchsten feineren Lieberleute eines gewöhnlichen Meßers hervor; dicht dahinter hatte der Redakteur seine geistige Werkstätte aufgeschlagen, ein völliges Halbdunkel umgab sie. Daneben, nach

### Vermischtes.

**Welteres Japanfestrecht** ging dieses Mittwoch in Paris zum ersten Male, und zwar im Lauchville-Theater in Szene. Bei der öffentlichen Generalprobe am Dienstag fand das Stück lebhaften Beifall.

**Der Meter englischen Ursprungs.** Bisher hatte man allgemein angenommen, das das metrische System rein französischer Ursprungs ist und von der metrischen Kommission des Jahres 1790 geschaffen wurde. Jetzt hat man inoffiziellen einen Brief von James Watt aus dem Jahre 1788 gefunden, in dem der englische Gelehrte der Regierung seines Landes die Annahme eines Dezimalsystems vorschlägt, das in allen Punkten dem System entspricht, das Frankreich durch das Gesetz vom 10. Dezember 1795 endgültig einführt. Diese Entdeckung ist um so bemerkenswerter, als gerade der Engländer bis jetzt fast ausschließlich Eigenliebe getrieben hat, das metrische System anzunehmen.

**Der Zukunftsroman des Luftschiffers.** In einem Artikel schildert der bekannte Luftschiffer Santos-Dumont, wie in nicht allzu vielen Jahren eine vollständige Umwälzung der Art nicht allzu vielen Jahren eine vollständige Umwälzung der Art zu realisieren eintritt. In St. Petersburg und Berlin fliegen. Die Wissenschaft jener Generation werden darin bereits feststellend die Wege einnehmen, wie ihre Erfindungen die ersten Verfliegenen benutzen. In Paris werden die Reisenden auf Luftstationen ein- und aussteigen und fliegende Dampfkraft

dem Maschinenraum zu, lagen das Kontor des Geschäftsführers fähig, während die Kunden beim Eintritt förmlich in den Verlag und die Expedition „hineinfließen“, denn die „Geißstraße“ war einem kleinen Menschen fähig; er befand sich im Hof und wurde später im hohen Dampf, direkt unter dem Dach, untergebracht; eine fast lebensgefährliche lange eiserne Treppe führte dahin. Aber es ging, d. h. es mußte gehen. Das Vertrauen der Lieferanten wurde allmählich, die Genossenschaft konnte an Lebensfähigkeit glauben. Das Volksblatt hatte sich mehr und mehr im Regierungsbezirk Werberg eingebürgert, als Intensionsorgan fing es auch an, sich Geltung zu verschaffen. Die bisherige Druckmaschine genügte nicht mehr. Eine Doppelmaschine mußte angeschafft werden. Schließlich wurden die besten Zustände geradezu unerträglich. Die Räume reichten nirgends mehr aus, man verließ die Ruine in der Hölbergstraße und zog

### wieder nach Geißstraße 21.

Dasselbst hatte nämlich inzwischen der Betrieb gewechselt und man nahm den Geschäftsbetrieb des Volksblattes jetzt sogar recht gern auf. War es doch inzwischen kapitalkräftig und zahlungsfähig geworden. Und schließlich ist mit der Ausbreitung der Partei die Auffassung der meisten Geschäftsleute gewunden, daß es unvorzuziehlich und unrentabel ist, mit Sozialdemokraten geschäftliche Beziehungen zu unterhalten. Von alledem und der wahre Charakter der kapitalistischen Wirtschaftsförderung kann sich auf die Dauer nicht verlassen.

Qu der alten neuen Heimat gedieh die Genossenschaft vorzüglich; immer mehr Räume mußte sie für ihre Geschäftszwecke in Anspruch nehmen. Auch das Internatenheim entwickelte sich in erfreulicher Weise, so daß Genosse Krüger die von ihm selber noch mitgeleitete Buchhandlung anderen Händen übertragen mußte. Die Mehrarbeiten in der Redaktion erforderten die Anstellung mehrerer Redakteure, da der Umfang des Volksblattes ständig wuchs und allmählich sich zu einem täglich mindestens achtseitig erscheinenden Blatte ausdehnte. Die Exzerat wurde vergrößert, das Druckpersonal vermehrt und schließlich der ganze Betrieb am Haupt- und Nebenreformiert. Da stellte es sich denn immer mehr heraus, daß auf die Dauer das Gebäude Geißstraße 21 den Anforderungen nicht genügen konnte, die ein moderner Druckbetrieb stellen muß. So verlangte man dann dazu, die Schaffung

### eines eigenen Heims

in Erwägung zu ziehen. Das Resultat dieser Vorarbeiten, Beratungen, Verhandlungen und Diskussionen liegt nun vor. Die jetzigen Arbeitsräume sind praktisch eingerichtet, geben Licht und Luft mehr als genug, hübsche Zentralheizung und elektrische Beleuchtung und tragen auch der Hygiene in der weitesten Maße Rechnung. Insofern die Genossenschaftsdrucker, die heute eine wesentlich geringe Anzahl von Mitgliedern hat, nunmehr ihren geschäftlichen Plänen den weitesten Spielraum gewähren kann.

Daß ein solcher Neubau entstehen konnte, ist nicht zum wenigsten dem geistigen und moralischen Einfluß des Volksblattes, verbunden mit der Entwicklung der Sozialdemokratie im Sozialkreis und im Regierungsbezirk anzuschreiben — eine Feststellung, die jeden Parteigenossen und Leser des Volksblattes mit Freude und Stolz erfüllen muß.

Im Jahre 1890 verlegte die Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl über ein Mandat — es war das des Sozialkreises, das noch jetzt durch den Genossen Fritz Lunert ausgeübt wird — und über nicht viel mehr als 20000 Stimmen im ganzen Regierungsbezirk Werberg, bei der Wahl im Jahre 1903 konnte man zwei sozialdemokratische Wahlkreise als festen Bestand und über 80.000 sozialdemokratische Stimmen zählen. Die Geschäftsstelle der Sozialdemokratie sind inzwischen derart gewachsen, daß der Sozialkreis ab 1. April einen eigenen Parteisekretär stellen kann, und die Arbeiterkassen-Organisation und die Anerkennung der Rechte der Arbeiter erforderlich schon vor 6 Jahren die Gründung des Arbeitersekretariats.

Einige Züge, die das Wesen der ganzen Entwicklung in diesem oder jenem Punkte ergänzen, sollen später nachgeschoben werden.

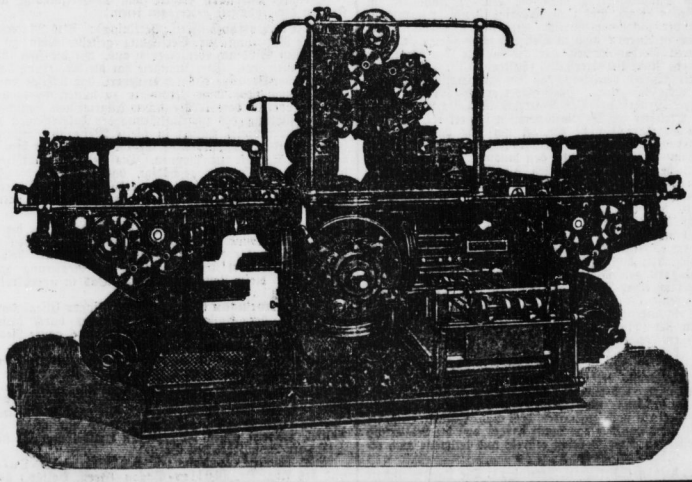
Die Sozialdemokratie muß dann ihrer politischen und wirtschaftlichen Ziele vorwärts schreiten; sie kultiviert auch den kleinste Schritt als einen Erfolg ihrer unablässigen Tätigkeit. Deshalb wird auch die sozialdemokratische Presse immer mehr der Mittelpunkt der Kämpfe für mehr Freiheit und ungeschwächten Recht; sie muß zum Zentralpunkt aller dieser Bestrebungen werden und ihre Macht geltend machen zum Wohle der gesamten Arbeiterkassen, zum Wohle der Menschheit!

Von den Genossen, die seit der Gründung der Genossenschaftsdrucker am Blatte wirken, über noch keine ihre Tätigkeit: Verleger Groß, Berichterstatter Sellig, Geschäftsführer Kühnig, die Schriftleiter Bartisch, Wagner und Gebr. Jagenauher. Auch von den auswärtigen Exzeratanten und den hiesigen Ausstatterinnen sind noch eine Anzahl mit der Verbreitung des Blattes betraut.

### Die neue Rotationsmaschine.

die unsere Leser abgebildet finden, umfaßt einen Flächenraum von ca. 8 Quadratmeter. Sie ist gebaut und aufgestellt von der Waigand'schen Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft, Bremen im Wagg. Ihre Leistungsfähigkeit liegt vor allem in dem Umfange, daß sie 16, 12 und 10 Seiten auf einmal druckt, während die frühere Maschine im günstigsten Falle 8 Seiten auf einmal herstellen konnte. Das ist für den praktischen Betrieb ein eminenter Vorteil. Die Maschine ist sehr leicht, ab und steht in der Stunde 12000 Umdrehungen zu 16, 12 und 10 Seiten, 24000 Umdrehungen zu 8, 6, 4 und 2 Seiten her.

Der Druck des Volksblattes wird seit voriger Woche bereits auf der neuen Maschine vollzogen, und der abnehmende Bedarf wird zugeführt, was in den letzten Tagen am Druck des Blattes nichts auszuliegen war.



benutzen. Gefährliche Arbeitskräfte werden die modernen Flotten bedecken und mit den Interlokuten Krieg führen, vielleicht ganze Heere in die Flucht jagen. Ein tüchtiger Forscher wird wahrscheinlich ohne große Schwierigkeiten in einem Luftballon den Nordpol erreichen.

Das Geheimnis der ägyptischen Mumien. Die berühmte Mumie des Chemter glaubt durch Untersuchungen an den Mumien des Louvre-Museums entdeckt zu haben, durch welches Mittel die alten Ägypter die Verwesung in so bewundernswürdiger Weise einzusparen gelernt haben. Verhelet hat für seine Forschungen Sofarabach aus der 5. und 6. Dynastie gemalt (etwa 3000 v. Chr.) und hat gefunden, daß das zum Einbalsamieren benutzte Öl einfaches Schafwoll gewoben ist, wie es noch heute in Ägypten angewandt wird. Galtorff ist nur ein anderer Name für Maimonid und wurde früher auch als Christophorus bezeichnet. Bei den ägyptischen Mumien hat dieser Stoff durch Einwirkung des Sauerstoffs eine gewisse Verwesung erlitten, aber seine konservierenden Eigenschaften durch Jahrtausende hindurch bewahrt.

Rödig Sebold und seine Töchter. Gestern mittag wurde der Urteilsspruch in dem zweiten Prozeß gefällt, den die Töchter des Rödig Sebold und die Mägde der Bräutigam'schen Fabrik angeklagt hatten. Die erste Anklage hatte die Verurteilung einer gewissen Verwesung erlitten, aber seine konservierenden Eigenschaften durch Jahrtausende hindurch bewahrt.

### Spielerei.

„Kommt da ein ehrliches Häuerlein in einen Geschäftsladen in Hagen und verlangt einen gewissen Gegenstand. Da heißt aber nicht lang Zeit, da sagt er mir: „Hut er mit Widrigkeit klagt. Also ein bignen Tipp, Lopp, sagt der Geschäftsinhaber an dem bedienenden Bedienten. Sie hören, der Mann will zum Bahnhof. Was sagt er da, Tipp, Lopp, frägt der Bedienter, was soll denn das beten? Das heißt in viel besserer, Dull, lieber Freund, Rint, Rint! Das Häuerlein frägt ihn verengt er, aber plötzlich, da kommt es ihm: „Ach, nun verhaft ich, Sie meinet wohl en betten, „gan, gan“, das ist es mir gefallen, aber warum sagt Sie denn das nicht up düssig?“

# Deutscher Reichstag.

143. Sitzung vom 20. Februar 1905, 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Pasadowitz, Freiherr von Rittichow, Freiherr von Stenel, später Graf Bülow.

Auf der Tagesordnung steht die 2. Lesung der 7 Handelsverträge in der Reichsversammlung mit Deutschland.

Präsident Graf Ballestrem erklärt, er werde die einzelnen Teile der einzelnen Verträge auflesen und, wenn keine Resolution vorliegt und keine besondere Abstimmung verlangt werde, sie für angenommen erklären.

Abg. Dr. Schöner (Centr.) schlägt vor, mit dem Österreichisch-ungarischen Vertrage, der die Grundlage der übrigen bildet, zu beginnen, dann den russischen und darauf die folgenden Verträge vorzunehmen.

Abg. Singer (Soz.) schlägt sich diesem Vorschlage an und fragt, ob über die Verträge einzeln oder im ganzen abgestimmt werden soll.

Präsident Graf Ballestrem erklärt, daß er geschäftsordnungsmäßig über die einzelnen Teile der einzelnen Verträge und event. über die einzelnen Positionen abstimmen lassen werde, daß aber eine Gesamtabstimmung erst in der 3. Lesung stattfinden könne.

Abg. Geißler (natl.) tritt dem Vorschlage des Abg. Spahn bei. Es wird also zunächst der österreichisch-ungarischen Handelsvertrag beraten.

Der Berichterstatter Graf Franz nicht anwesend ist, gibt Abg. Dr. Schöner (Centr.) den Bericht der Kommission.

Abg. Quinagel (natl.) fragt über die Fruchtrenten, die Österreich-Liagan den zu exportierenden Agrarprodukten gewährt, und fragt, wann nach der Viehsteuereinführung die Voraussetzungen der Grenzsperrn als gegeben angesehen werden sollen.

Staatssekretär Graf Pasadowitz: Die Österreichisch-ungarische Regierung wird ihre Positionen (Grundveräußerung) fallen lassen unter der Voraussetzung, daß auch mit keine Veränderungen an dem bestehenden Eisenbahntarife vorgenommen. Wie werden die Maßregeln vorzunehmen, die zur Bekämpfung der deutschen Viehseuche notwendig sind, mit werden alle zu niedrigeren Sätzen eingehende Viehe denaturiert, sobald der seichere Verdacht vorhanden ist, daß sie zum Vermehren gebraucht werden soll. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Heim (Zentrum) fragt, wie es mit den Viehseuchen der anderen Länder und wie unsere Regierung feststellen werde, ob in Österreich Viehseuchen beisehen oder nicht.

Staatssekretär Graf Pasadowitz erklärt, daß den österreichischen Exporttarifen gegenüber entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden würden. Seinerseits Viehseuchen sind überhaupt verboten, gegen Viehseuchen sind alle Maßnahmen, so wie man im vertragsmäßig berechtigt sind. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Semler (natl.): Unsere Forderung zu den Verträgen war von vornherein eine freundliche, da sie unter Wahrung der Souveränität der Handelsverträge die in der Richtung der größten Erleichterung für die deutsche Industrie zu sein. Wie die einzelnen Nachteile, sowohl für die bayerische Landwirtschaft, als auch für die Industrie. Das war aber unüberwindlich, und wir werden dafür sorgen, daß dieser Schaden repariert wird. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ein Vorschlag wird es der Landwirtschaft nicht missgelingen, als Maßregel derollt werden soll. Die Viehseuche wird allerdings beseitigt, aber nicht zu 100%, sondern zu ganz etwas anderem. Etwas durch den österreichisch-ungarischen Handelsvertrag wird die deutsche Industrie im höchsten Grade geschädigt. Das Material ist um 10% unzulänglich, aber es der autonome Österreichisch-ungarische Generalzoll aus Zeit nach der Ratifizierung in der Richtung der größten Erleichterung der früheren Verhandlungen, die heutige Verhandlungen sind aber vielmehr nicht-Berichterstatter (Geißler) Graf Franz mit den stärksten Worten beurteilt, daß der österreichische Generalzoll nicht nicht Geiz hat. Heute findet er nichts dabei. Mal 10, mal 10. (Geißler) Das Material ist völlig unüberwindlich. Ein Vertreter der Industrie, der sich in Bezug auf eine 16tägige Tagesarbeit nicht geringe, um bloß das Maß der Verleumdungen für unsere Export-Industrie zu erkennen. In der Kommission ist viel von den landwirtschaftlichen, aber wenig von den Industrieprodukten die Rede gewesen. So kommt es, daß die Vertreter des Handels und der Industrie nicht einmal über die Vorteile der neuen Handelsverträge im Klaren sind. Bei den Reichstagsparteien verhält sich allerdings nicht. Sie glauben, ihre Schuldigkeit getan zu haben, wenn sie blindlings der Parole ihrer Führer folgen. Nebenher geht dann im einzelnen dar, wie eine Reihe der verdienstlichen und wichtigen Punkte der neuen Handelsverträge mit dem Österreichisch-ungarischen geschädigt werden kann. Die Folge war die Abschaffung eines Teiles der Industrie sein (Beifall links).

Staatssekretär Graf Pasadowitz: Sollte Österreich nicht erwarten ein Einverständnis einfließen, welches Ausbesserungen in sich schließt, so würden wir mit Zustimmung des Reichstages entsprechende Schritte machen. Es werden mich überzeuge, daß die Österreichisch-ungarische Regierung, die einen großen Teil der Schäden in direkter oder indirekter Verwaltung hat, ihrer Erklärung betreffend Abschaffung ihrer Positionen nachkommen wird. Es war der Viehseuchereinführung gegenüber entgegenkommen kann, was Gegenstand weiterer Verhandlungen sein. Ich bemerke noch gegenüber dem Abg. Geißler, daß die Viehseuchereinführung dankbar anerkannt haben, daß die Regierung eine Verbesserung ihrer Position erstritt und teilweise auch erreicht hat. (Beifall, hört rechts).

Abg. Dr. Wolff (Wirtschaftl. Vereinig.): Die Landwirtschaft ist nicht einseitig bevorzugt, sondern nach langer Verhandlungslage wieder in ihre Rechte eingetretet worden. (Beifall rechts.) Dabei ist die Landwirtschaft keineswegs völlig befriedigt, denn die Viehseuche ist unzureichend, und die Viehsteuereinführung stellt eine starke Beunruhigung dar. Dennoch können wir nach den Erklärungen des Staatssekretärs dem Vertrage zustimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Barthelemy (Freil. Volksp.): Völlig unverständlich verbreitet sich über den Hopfenlag.

Abg. Dieb (Zentr.) polemisiert gegen den Abg. Geißler. Die fälschliche Landwirtschaft hat ein Recht, sich zu beklagen. Sie ist von den Grafen Franz und Schöner in sich gefangen worden. Jede Verträge, die die Maßregeln sind, die die Regierung zu betrachten. Jeder die endgültige Entscheidung meiner Freunde kann ich heute noch nicht sagen. Können wir die österreichischen Verträge einzeln ablehnen, so würden wir es unter allen Umständen tun. Es war eine große Schaulust des Reichstagslandes, diesen Vertrag mit den anderen 6 zusammen einzubringen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Spahn (Zentr.) bemerkt, daß die Abg. Grafen Franz und Schöner in der Kommission durch Frankreich usw. verhindert gewesen seien.

Abg. Schumberger (natl.) bleibt auf der Tribüne total unverständlich.

Abg. Schump (Freil. Volksp.): Die Konteraktive Korrespondenz hat mit der Rückkehr der Landwirtschaft zum Freihandel gebroten, denn die Industrie nicht hübsch artig wäre. Nebenher fragt dann an, ob die Zollsätze, die bisher noch Gulden zugewiesen eines Goldgulden von 20% berechnet worden, jetzt aber mit

Kronen eingeseht sind, von nun an nicht nach Kronen berechnet werden.

Staatssekretär Graf Pasadowitz erwidert, daß der bisherige Kaufkraft für das Goldgulden in den neuen Goldgulden bereits abgedeckt ist.

Nach einigen weiteren Bemerkungen schließt die Beratung über Artikel 1 des Österreichisch-deutschen Handelsvertrages. Es folgt die Beratung der Anlage A für diesen Artikel, welche die deutschen Zollsätze enthält. Die Zollsätze werden detailliert besprochen. Zu Artikel 209 (Zoll) und Artikel 210 (Zoll) sowie Artikel 211 (Zoll) führt Abg. Wollen (natl.) Gegenüber, daß der Zoll auf rohes Gold höher ist, als der für Silber. Dadurch müßte die Silberindustrie geradezu vernichtet werden. Öffentlich werde dieser Vertrag nach nachdrücklich gut gemacht. Anlage B enthält die österreichischen Zollsätze. Zu Artikel 508 (Silberwaren) bemerkt Abg. Dr. Bensch (natl.) die Erhöhung der österreichischen Silberwarenzölle, die die deutsche Silberindustrie schwer, vielleicht tödlich trifft.

Ein Regierungsvertreter bittet, nicht zu begreifen, welche Zugeständnisse Österreich vielleicht noch am leichtesten ertragen. Ein Abgeordneter erklärt, daß die Österreichische Regierung die Bedeutung dieser Zugeständnisse nicht zu hoch ansetzen dürfe.

Abg. Singer (Soz.): Wenn die Nationalliberalen ernstlich das Interesse ihrer Wahlkreise berücksichtigen wollten, so müßten sie gegen ihr eigenes Wort stimmen. Der größte Teil der deutschen Industrie ist einseitig agrarischen Interessen gewidmet worden. Sie gegen den Agrarismus streben wollen, sie hätten die Interessen der Industrie nicht wahrgenommen; wir müssen ihnen in diesem Sinne Vorwurf, sind sie doch mit gebundenen Händen an die Arbeit gegangen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Die Schuld trifft nicht nur die Regierung, sondern auch die Unterhändler (Sehr richtig! h. d. Soz.) Wenn die Herren jetzt ihr eigenes Wort gegen die Industrie und die Arbeiter erheben, so können sie das dadurch am besten beweisen, daß sie die Verträge ablehnen. (Beif. Beif. h. d. Soz.)

Auf Antrag Singer wird über die grundsätzliche Position 1 des Artikels 1 angenommen. Es wird bei 8 Stimmen (Soz.) mit 102 gegen 58 Stimmen (Soz. und beide freil. Gruppen) angenommen. Die übrigen Positionen des Artikels 1, sowie die Artikel 2-8 werden detailliert in einfachen Abstimmungen angenommen.

Es folgt die Beratung der Viehsteuereinführung mit Österreich-Liagan. Zu Artikel 100 (Viehsteuer) bemerkt Abg. Geißler (Nat.) über angebliche Wahrnehmung der Interessen des jüdischen Bauernhandes. Man muß mit Schiller sagen:

Wie wenig es hat sich entfaltet!  
Dieses Verträge, wie sie sind, sind.  
Wie schön war die Welt gewesen!  
Als noch der Reim die Krone trug. (Dr. Geißler.)

Abg. Geißler (natl.) wird trotz mancher Enttäuschungen für die Vorlage stimmen.

Der Artikel 1 des Abkommens wird angenommen. Desgleichen der Rest ohne weitere Debatte.

Zur Beratung kommt nunmehr der russische Handelsvertrag.

Abg. Geißler (Freil. Volksp.) befreit, daß die Interessen der Kleinrenten- und Stahlindustrie genügend wahrgenommen worden seien. Wohl haben die Unterhändler ihre Schuldigkeit getan, aber sie traten den russischen Unterhändlern mit gebundenen Händen gegenüber. Die Handelskammer, welche sich für eine Erleichterung der Agrarindustrie ausgesprochen haben, waren eben nicht unterrichtet. Die deutsche Industrie, nicht nur die Handarbeiter, sondern auch die Kapitalarbeiter, werden ausgenommen. Welt doch schon heute die russische Industrie großteils deutsche Waren an. Die Fremdburger Kleinrentenindustrie werden zu Lohnarbeitern herabgedrückt. Nur eine gesunde Wirtschaftspolitik kann eine gesunde Sozialpolitik erzeugen. Diese Handelsverträge sind keine Verträge für den Handel, sondern Verträge gegen den Handel! (Beif. Beif. h. d. Freil.)

Geheimrat Lufensky polemisiert gegen die Ausführungen des Abgeordneten.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freil. Volksp.) tritt den Ausführungen seines fraktionsgenossen Geißler bei.

Geheimrat Lufensky erklärt, daß Sachverständige aus den Kreisen der Industrie beigegeben seien.

Abg. Dr. Rothhoff (Freil. Vereinig.): Das Material, das uns die Regierung zur Verfügung gestellt, verleiht uns nicht gründliche Studien im Vorwärtigen, was mit der Zeit, die man uns gelassen hat. Der Unterhändler hat die Regierung das Verständnis der Verträge dadurch erschwert, daß 8 Tage nach ihrer Einbringung noch keine Exemplare zu laien waren und daß die Auszüge in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung mehr als eine Erklärung als ein Argument der Interessenten bieten. Wenn Gewerkschaften in dieser Weise ihre Bilanz aufstellen würden, so würden sie Gefahr laufen, mit dem Strazivier in Konflikt zu kommen. Die deutsche Industrie wird dadurch noch schwerer geschädigt, daß Russland die Zollsätze noch durch seine Eisenbahntarife erhöhen kann. Dieser ganze Vertrag ist ein Vertrag, der die deutsche Industrie durch den nationalen Arbeit ins Gefäß. (Beifall links.)

Abg. Schmidt (Freil. Volksp.): Ueber den Artikel 508 (Silberwaren) ist überhandtelt worden zu sein, denn hier ist der Satz des autonomen Tarifs beibehalten worden (Hört, hört links), obgleich die Regierung gar kein Interesse an dieser Zollposition hatte. Das ist unverständlich! (Sehr richtig! links.)

Abg. Schmidt (Freil. Volksp.): Ueber den Artikel 508 (Silberwaren) ist überhandtelt worden zu sein, denn hier ist der Satz des autonomen Tarifs beibehalten worden (Hört, hört links), obgleich die Regierung gar kein Interesse an dieser Zollposition hatte. Das ist unverständlich! (Sehr richtig! links.)

Abg. Schmidt (Freil. Volksp.): Ueber den Artikel 508 (Silberwaren) ist überhandtelt worden zu sein, denn hier ist der Satz des autonomen Tarifs beibehalten worden (Hört, hört links), obgleich die Regierung gar kein Interesse an dieser Zollposition hatte. Das ist unverständlich! (Sehr richtig! links.)

Nach weiteren Bemerkungen des Geheimrats Lufensky und des Abg. Dr. Müller-Sagan (Freil. Volksp.) über die Frage der Sachverständigen schließt die Diskussion. Die Abstimmung über Artikel 1 des Handelsvertrages wird auf Antrag Schmidt (Freil. Volksp.) eine namentliche. Es ergibt die Annahme mit 108 gegen 61 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen. Der Rest des Vertrags wird detailliert angenommen.

Es folgt der Handelsvertrag mit Italien.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Schumberger (natl.), Sartorius (Freil. Volksp.) und Geißler (Nat.) der letztere erklärt, daß seine Freunde für den Vertrag trotz einiger Mängel stimmen würden, wird der italienische Handelsvertrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freistimmigen vereinigt angenommen.

Der Vertrag mit Belgien wird genehmigt, desgleichen ohne Debatte der Vertrag mit Frankreich.

Beim Vertrag mit der Schweiz empfiehlt Abg. Sartorius (Freil. Volksp.), von unserm Volkstakt eine Volksausgabe in verständlichem Deutsch herauszugeben. (Geißler.)

Der Vertrag mit der Schweiz wird hierauf angenommen, ebenso ohne Debatte der Vertrag mit Serbien.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr (Abstimmung über den Zollantrag; Antrag Lufensky) auf Errichtung von Arbeitskammern und eines Viehseuchensamms; verbunden das

mit fünf Artidele des Entwurfs und der Nationalliberalen über die gleiche Gegenstand.)

Schluss 7 1/2 Uhr.

## Stadtverordneten-Sitzung

dem 20. Februar 1905, nachmittags 4 Uhr.

Vorleser: Professor Dittenberger.

Eingänge. Die Annalen der Meißnerfrage petitionieren wegen Beilegung des Gnapfaffes bei Einmündung in der Meißnerfrage. Die Angelegenheit wird auf drei Wochen zurückgelegt. — Direktor Dr. Brandes vom Zoologischen Garten hat dem Direktor zwei Schriftsätze überreicht, nach denen sich die beiden Herren mit seinen Darlegungen in der vorigen Sitzung über die Beilegung der 4000 Mk. für den Besitz des Zoologischen Gartens ein fälliges Bild gegeben hat.

Eine Michel-Debatte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm Oberbürgermeister Staube zu einer Erklärung das Wort. Nebenher bemerkt, daß es dem Magistrat in voriger Sitzung nicht gelungen ist, den gegen den Magistrat in der Michel-Angelegenheit ausgedrungenen Bescheid zu genehmigen. Bis zum Eingang des Entlassungsgesuchs Michels — 27. Oktober d. J. — ist dem Magistrat ein Michel-Geldschußverleugert bekannt geworden. Das Kammergericht für die Sprüche ist nicht in Raten bezahlt worden. Im Kollegium wird hierzu eine Erklärung des Magistrats verlesen, welche folgende Forderungen enthält:

1. Das Kammergericht für zwei veräußerte alte Sprüche ist nicht — wie trotz der vom Magistratsrat ausgegebenen Versicherung in einigen Zeitungen behauptet worden — in Raten, sondern auf ein Mal von dem v. Michel zur Kasse abgeführt worden, und zwar unter Beizug des Kammergerichts, welches die Schuldverhältnisse erdrosselnde Mitwirkung des Kollegiums oder wenigstens des Finanz-Departement nicht stattgefunden.

2. Es ist durch Änderung des betreffenden Herrn Stadtverordneten festgestellt, daß die Darlegungen, von denen er als in der Finanz-Kommission erweislich produziert zu werden, außer diesen, von uns verholten Anregungen keinerlei Mitteilung gemacht worden ist, welche die Annahme einer irrtümlichen Handlungsweise rechtfertigte und die Verpflichtung zu einem gerichtlichen Auftrage auferlegte. — Folglich ist es dem v. Michel Herr Stadtverordnete die gehobene Mahnung beizubringen, daß einem städtischen Beamten über seine Befugnisse keine bezw. bekommen ist, wenn er über unliebsame Vorwurfsurteile eines Kollegen die schuldige Anzeige erstattet. Denn bei dieser Annahme angedeutet zu Grunde liegende Verfall schon überhaupt jedes tatsächlichen Hintergrunds zu entdecken, so auch jeztmals ein Verstoß gegen die geltende Mahnung, so wenigstens Veranlassung zu einer allein Behandlung des Demunitionen geworden. Die bisherigen Bestellungen machen es vielmehr höchst wahrscheinlich, daß das bezügliche, in Bürger- und Stadtvorstand-Komitee getragene Verdict der bösartigen Behauptung eines Mannes entstammt, der wegen seiner inmer eigenen Verleumdungen die Entfernung aus seiner bisherigen Stellung erwarbt.

Herr Staube, der die schriftliche Erklärung verlesen hat, setzt voraus, daß die Mitglieder des Magistrats Klauen schenken werden.

Stadtver. Schmidt erklärt, daß er vom vorigen Freitag mit den Herren Staube, v. Gollig und Seifertsen eine Sitzung bei dem Magistrat hatte, bei der die in voriger Sitzung angetragene Materie besprochen worden ist. Er habe früher nicht bloß auf Michels Geldverleugung, sondern wiederholt auf andere Dinge in der Verwaltung hingewiesen. Eine Sache, wovon die ganze Welt sprach, und wovon man sich im Reichstag und im Cafe Bauer erzählte, war dem Magistrat schuldig und nicht zu verantworten. Das ist der Herr v. Michel, der die 4000 Mk. für den Besitz der Sprüche nicht in Raten, sondern auf einmal abgeführt worden ist, aber lange nach der Einziehung des Geldes, ändert an der Tatsache nichts, daß das betreffende Magistratsmitglied Kenntnis von der Unterhandlung gehabt, aber nichts gemeldet hat. Das ist nicht nur ein Verstoß gegen die geltende Mahnung, sondern auch das Kammergerichtsmitglied die Unzulässigkeit der Handlung Michels erkannt hat. Aufgefallen ist mir im Eingang der Magistrats-Erklärung der Satz, bei Eingang des Entlassungsgesuchs sei der erste Bescheid „unvorüberlicher Ministerium“ aufgegeben. Wie wäre das möglich gewesen, wenn der Magistrat nicht schon etwas wusste? Das ist gewiss, auch wenn es sich (das bekanntlich auf Vorhanden des Magistrats eingetretet werden müßte) daß doch keine Verleumdung abgeben können. Ich habe also bei meinem Urteile, daß der Magistrat nicht freizubehalten ist von der Mitverantwortung. Es darf auch nicht vernein werden, daß Michel überhaupt nicht bestraft war, Gelder zu lassen.

Bürgermeister v. Gollig: Eigentlich müßte ja die vorliegende Sache durch Kenntnisnahme erledigt sein. Ein unverständliches Verdict hat mehrere Personen in einen bösen Verdacht gebracht. Von einem Herrn sind mehrere Gerüchte verbreitet worden. Hat man irgend welche Beweismittel, so müge man sich nur an die richtige Kammer, den Magistrat wenden. Wir haben das Kammergericht, die Michel-Angelegenheit, die nicht zu verantworten lassen und Michel, als es Zeit war, der Verlegung übergeben.

Stadtver. Giese: Wenn der Magistrat gewußt hat, daß Michel Unterbezugs angeordnet hat, so hatte er die Pflicht, dem Michel keine Aufmerksamkeit zu schenken. Der Magistrat sollte immer auf einen hohen Standpunkt stellen und die Mitglieder mehr Gehör und mehr Lob schenken. Die Bürger beklagen sich nicht aus Eitelkeit, man sollte auf Mitteilungen im Kollegium mehr Gewicht legen. Auf die ersten Klagen gegen Michel hätte schon eine Untersuchung angeordnet werden sollen. In der Bürgerstadt herrsche nach Michels Entlassung das Gerücht, man war froh, daß man ihn los lie. Bürgermeister v. Gollig: Ich allerdings ist der Verkauf von solchen Gegenständen, wie Sprüche zu, durch den Vorstand verboten. Es ist auch hier einmal so: Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, deckt man ihn zu. Beizubehalten Sie nicht, meine Herren, und gehen Sie an das heran, legen Sie aber auf Rathgeber am Reichstag sein Gewicht.

Stadtver. Fischer: Mir ist bekannt, daß der Herr, der die Sprüche gekauft und bezahlt hat, nach langer Zeit von der Stadt eine Mahnung erhielt.

Bürgermeister v. Gollig: Der Degenert hat nicht gewußt, daß Michel keine Aufmerksamkeit zu schenken sollte. Der Magistrat sollte immer auf einen hohen Standpunkt stellen und die Mitglieder mehr Gehör und mehr Lob schenken. Die Bürger beklagen sich nicht aus Eitelkeit, man sollte auf Mitteilungen im Kollegium mehr Gewicht legen. Auf die ersten Klagen gegen Michel hätte schon eine Untersuchung angeordnet werden sollen. In der Bürgerstadt herrsche nach Michels Entlassung das Gerücht, man war froh, daß man ihn los lie. Bürgermeister v. Gollig: Ich allerdings ist der Verkauf von solchen Gegenständen, wie Sprüche zu, durch den Vorstand verboten. Es ist auch hier einmal so: Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, deckt man ihn zu. Beizubehalten Sie nicht, meine Herren, und gehen Sie an das heran, legen Sie aber auf Rathgeber am Reichstag sein Gewicht.

Stadtver. Fischer: Mir ist bekannt, daß der Herr, der die Sprüche gekauft und bezahlt hat, nach langer Zeit von der Stadt eine Mahnung erhielt.

Bürgermeister v. Gollig: Der Degenert hat nicht gewußt, daß Michel keine Aufmerksamkeit zu schenken sollte. Der Magistrat sollte immer auf einen hohen Standpunkt stellen und die Mitglieder mehr Gehör und mehr Lob schenken. Die Bürger beklagen sich nicht aus Eitelkeit, man sollte auf Mitteilungen im Kollegium mehr Gewicht legen. Auf die ersten Klagen gegen Michel hätte schon eine Untersuchung angeordnet werden sollen. In der Bürgerstadt herrsche nach Michels Entlassung das Gerücht, man war froh, daß man ihn los lie. Bürgermeister v. Gollig: Ich allerdings ist der Verkauf von solchen Gegenständen, wie Sprüche zu, durch den Vorstand verboten. Es ist auch hier einmal so: Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, deckt man ihn zu. Beizubehalten Sie nicht, meine Herren, und gehen Sie an das heran, legen Sie aber auf Rathgeber am Reichstag sein Gewicht.

Stadtver. Fischer: Mir ist bekannt, daß der Herr, der die Sprüche gekauft und bezahlt hat, nach langer Zeit von der Stadt eine Mahnung erhielt.

Bürgermeister v. Gollig: Der Degenert hat nicht gewußt, daß Michel keine Aufmerksamkeit zu schenken sollte. Der Magistrat sollte immer auf einen hohen Standpunkt stellen und die Mitglieder mehr Gehör und mehr Lob schenken. Die Bürger beklagen sich nicht aus Eitelkeit, man sollte auf Mitteilungen im Kollegium mehr Gewicht legen. Auf die ersten Klagen gegen Michel hätte schon eine Untersuchung angeordnet werden sollen. In der Bürgerstadt herrsche nach Michels Entlassung das Gerücht, man war froh, daß man ihn los lie. Bürgermeister v. Gollig: Ich allerdings ist der Verkauf von solchen Gegenständen, wie Sprüche zu, durch den Vorstand verboten. Es ist auch hier einmal so: Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, deckt man ihn zu. Beizubehalten Sie nicht, meine Herren, und gehen Sie an das heran, legen Sie aber auf Rathgeber am Reichstag sein Gewicht.

Stadtver. Fischer: Mir ist bekannt, daß der Herr, der die Sprüche gekauft und bezahlt hat, nach langer Zeit von der Stadt eine Mahnung erhielt.

Bürgermeister v. Gollig: Der Degenert hat nicht gewußt, daß Michel keine Aufmerksamkeit zu schenken sollte. Der Magistrat sollte immer auf einen hohen Standpunkt stellen und die Mitglieder mehr Gehör und mehr Lob schenken. Die Bürger beklagen sich nicht aus Eitelkeit, man sollte auf Mitteilungen im Kollegium mehr Gewicht legen. Auf die ersten Klagen gegen Michel hätte schon eine Untersuchung angeordnet werden sollen. In der Bürgerstadt herrsche nach Michels Entlassung das Gerücht, man war froh, daß man ihn los lie. Bürgermeister v. Gollig: Ich allerdings ist der Verkauf von solchen Gegenständen, wie Sprüche zu, durch den Vorstand verboten. Es ist auch hier einmal so: Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, deckt man ihn zu. Beizubehalten Sie nicht, meine Herren, und gehen Sie an das heran, legen Sie aber auf Rathgeber am Reichstag sein Gewicht.

Stadtver. Fischer: Mir ist bekannt, daß der Herr, der die Sprüche gekauft und bezahlt hat, nach langer Zeit von der Stadt eine Mahnung erhielt.

Bürgermeister v. Gollig: Der Degenert hat nicht gewußt, daß Michel keine Aufmerksamkeit zu schenken sollte. Der Magistrat sollte immer auf einen hohen Standpunkt stellen und die Mitglieder mehr Gehör und mehr Lob schenken. Die Bürger beklagen sich nicht aus Eitelkeit, man sollte auf Mitteilungen im Kollegium mehr Gewicht legen. Auf die ersten Klagen gegen Michel hätte schon eine Untersuchung angeordnet werden sollen. In der Bürgerstadt herrsche nach Michels Entlassung das Gerücht, man war froh, daß man ihn los lie. Bürgermeister v. Gollig: Ich allerdings ist der Verkauf von solchen Gegenständen, wie Sprüche zu, durch den Vorstand verboten. Es ist auch hier einmal so: Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, deckt man ihn zu. Beizubehalten Sie nicht, meine Herren, und gehen Sie an das heran, legen Sie aber auf Rathgeber am Reichstag sein Gewicht.

Stadtver. Fischer: Mir ist bekannt, daß der Herr, der die Sprüche gekauft und bezahlt hat, nach langer Zeit von der Stadt eine Mahnung erhielt.

Bürgermeister v. Gollig: Der Degenert hat nicht gewußt, daß Michel keine Aufmerksamkeit zu schenken sollte. Der Magistrat sollte immer auf einen hohen Standpunkt stellen und die Mitglieder mehr Gehör und mehr Lob schenken. Die Bürger beklagen sich nicht aus Eitelkeit, man sollte auf Mitteilungen im Kollegium mehr Gewicht legen. Auf die ersten Klagen gegen Michel hätte schon eine Untersuchung angeordnet werden sollen. In der Bürgerstadt herrsche nach Michels Entlassung das Gerücht, man war froh, daß man ihn los lie. Bürgermeister v. Gollig: Ich allerdings ist der Verkauf von solchen Gegenständen, wie Sprüche zu, durch den Vorstand verboten. Es ist auch hier einmal so: Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, deckt man ihn zu. Beizubehalten Sie nicht, meine Herren, und gehen Sie an das heran, legen Sie aber auf Rathgeber am Reichstag sein Gewicht.

Stadtver. Fischer: Mir ist bekannt, daß der Herr, der die Sprüche gekauft und bezahlt hat, nach langer Zeit von der Stadt eine Mahnung erhielt.

Bürgermeister v. Gollig: Der Degenert hat nicht gewußt, daß Michel keine Aufmerksamkeit zu schenken sollte. Der Magistrat sollte immer auf einen hohen Standpunkt stellen und die Mitglieder mehr Gehör und mehr Lob schenken. Die Bürger beklagen sich nicht aus Eitelkeit, man sollte auf Mitteilungen im Kollegium mehr Gewicht legen. Auf die ersten Klagen gegen Michel hätte schon eine Untersuchung angeordnet werden sollen. In der Bürgerstadt herrsche nach Michels Entlassung das Gerücht, man war froh, daß man ihn los lie. Bürgermeister v. Gollig: Ich allerdings ist der Verkauf von solchen Gegenständen, wie Sprüche zu, durch den Vorstand verboten. Es ist auch hier einmal so: Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, deckt man ihn zu. Beizubehalten Sie nicht, meine Herren, und gehen Sie an das heran, legen Sie aber auf Rathgeber am Reichstag sein Gewicht.

Stadtver. Fischer: Mir ist bekannt, daß der Herr, der die Sprüche gekauft und bezahlt hat, nach langer Zeit von der Stadt eine Mahnung erhielt.

Bürgermeister v. Gollig: Der Degenert hat nicht gewußt, daß Michel keine Aufmerksamkeit zu schenken sollte. Der Magistrat sollte immer auf einen hohen Standpunkt stellen und die Mitglieder mehr Gehör und mehr Lob schenken. Die Bürger beklagen sich nicht aus Eitelkeit, man sollte auf Mitteilungen im Kollegium mehr Gewicht legen. Auf die ersten Klagen gegen Michel hätte schon eine Untersuchung angeordnet werden sollen. In der Bürgerstadt herrsche nach Michels Entlassung das Gerücht, man war froh, daß man ihn los lie. Bürgermeister v. Gollig: Ich allerdings ist der Verkauf von solchen Gegenständen, wie Sprüche zu, durch den Vorstand verboten. Es ist auch hier einmal so: Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, deckt man ihn zu. Beizubehalten Sie nicht, meine Herren, und gehen Sie an das heran, legen Sie aber auf Rathgeber am Reichstag sein Gewicht.

Stadtver. Fischer: Mir ist bekannt, daß der Herr, der die Sprüche gekauft und bezahlt hat, nach langer Zeit von der Stadt eine Mahnung erhielt.

Bürgermeister v. Gollig: Der Degenert hat nicht gewußt, daß Michel keine Aufmerksamkeit zu schenken sollte. Der Magistrat sollte immer auf einen hohen Standpunkt stellen und die Mitglieder mehr Gehör und mehr Lob schenken. Die Bürger beklagen sich nicht aus Eitelkeit, man sollte auf Mitteilungen im Kollegium mehr Gewicht legen. Auf die ersten Klagen gegen Michel hätte schon eine Untersuchung angeordnet werden sollen. In der Bürgerstadt herrsche nach Michels Entlassung das Gerücht, man war froh, daß man ihn los lie. Bürgermeister v. Gollig: Ich allerdings ist der Verkauf von solchen Gegenständen, wie Sprüche zu, durch den Vorstand verboten. Es ist auch hier einmal so: Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, deckt man ihn zu. Beizubehalten Sie nicht, meine Herren, und gehen Sie an das heran, legen Sie aber auf Rathgeber am Reichstag sein Gewicht.

Stadtver. Fischer: Mir ist bekannt, daß der Herr, der die Sprüche gekauft und bezahlt hat, nach langer Zeit von der Stadt eine Mahnung erhielt.

Bürgermeister v. Gollig: Der Degenert hat nicht gewußt, daß Michel keine Aufmerksamkeit zu schenken sollte. Der Magistrat sollte immer auf einen hohen Standpunkt stellen und die Mitglieder mehr Gehör und mehr Lob schenken. Die Bürger beklagen sich nicht aus Eitelkeit, man sollte auf Mitteilungen im Kollegium mehr Gewicht legen. Auf die ersten Klagen gegen Michel hätte schon eine Untersuchung angeordnet werden sollen. In der Bürgerstadt herrsche nach Michels Entlassung das Gerücht, man war froh, daß man ihn los lie. Bürgermeister v. Gollig: Ich allerdings ist der Verkauf von solchen Gegenständen, wie Sprüche zu, durch den Vorstand verboten. Es ist auch hier einmal so: Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, deckt man ihn zu. Beizubehalten Sie nicht, meine Herren, und gehen Sie an das heran, legen Sie aber auf Rathgeber am Reichstag sein Gewicht.



Maßigkeit, wenn er auf absolute Einigkeit bei den Beamten bedacht sein will, den Ratgeber Philipp wieder einstellen konnte. Mit dem Ratgeber Horn liegt es noch zu klären.

**Bürgermeister Staudt:** Da der Vorredner die Sache nicht mit dem verlässlichen Ratgeber vorgebracht hat, wogegen seiner Versicherung gegen seinen Unterbeamten festgesetzt worden ist. Es muß aber mein Bedauern darüber ausdrücken, daß der Ober-Bochschaffner Bedemann noch nicht festgesetzt worden ist. Der mit so vielen Sachen beladen ist, daß für sich keine Amtsentlassung erwägen werden mußte.

**Bürgermeister v. Holl:** Auch die Sachen Philipp und Horn sind ordnungsgemäß unterrichtet worden. **Staudt:** Immer: Meine Angelegenheit, die ich hier vorgebracht habe, betrifft ebenfalls die Sache Michel. Die hierzu von mir in voriger Sitzung gemachten Mitteilungen sind im Bericht, man hätte Michel nicht einstellen lassen, wenn er Herrn Bedemanns und Herrn v. Dossow's Freum nicht gewiesen wäre. Es ist mit mir nun von den beiden Herren ein Brief geschrieben, in dem die Schreiber lauen, ich hätte ihnen den Vorwurf gemacht, daß Herr Bedemann und v. Dossow durch die Einberufung mit dem Ausbruch der vorigen Sitzung keine Rücksicht auf den Ausbruch der vorigen Sitzung genommen, oder sie würden wegen Verletzung Straftrafungen erhalten. Ich habe das geantwortet, was im General-Anzeiger berichtet wurde, und ich werde mich nicht erlauben, mich auf die Angelegenheit einzulassen, indem ich würde, daß Michel gleich nach seiner Entlassung bei einem Altährer gewesen ist und dort seine Möbel verpacken wollte. Schließlich hat Michel, durch einen Brief vom 20. M. an befehlen lassen, seine Möbel nach Herrn v. Dossow zu verpacken, und letzterer hat die Möbel dann wieder freigegeben. Wenn ich die Herren Bedemann und v. Dossow beileiden fühlen sollte, so nehme ich die beidseitig getanen Verfügungen zurück.

**Staudt, Hilde:** Jetzt frage ich den Magistrat: Ist ihm bekannt gewesen, daß Herr Bedemann und v. Dossow wegen Emmers Verurteilung mit Klagen drohten, und daß die Herren noch vorstünden, in welcher Weise Emmers die Klagen zurücknehmen soll? Ich möchte gar kein Wort daraus, daß ich nach Lage der Sache an Emmers Stelle nicht widerreiten hätte, denn er hat das nicht geahnt, was ihm zur Last gelegt wurde.

**Bürgermeister v. Holl:** Der Magistrat in seiner Gesamtheit ist von dem Vorhaben der Herren Bedemann und v. Dossow nichts bekannt. Aber ich will erklären, daß Herr Bedemann vor Ablegung des Briefes zu mir gekommen ist und mir geäußert hat, was er sich hinsichtlich der beidseitigen Verfügungen zu tun gedenke. Da habe ich ihm erklärt, daß ich, den Weg, nicht gleich zu klagen, für sehr empfehlenswert halte. Niemandes wird ich mich aber dazu befehlen können, einen Beamten von der Wahrnehmung seiner Rechte zurückzuhalten.

**Staudt, Meyer:** Wann dürfte doch nicht zu sein, wenn das Demunitionsgesetz nicht etwas früher angewandt worden. Eine Demunition hätte immer etwas Heißes in sich. Einem Altährer daß von der linken Seite des Hauses die Demunition in diesem Falle zu befürworten wird.

**Staudt, Hilde:** Mir ist es gar nicht eingefallen, der Demunition das Wort zu reden. Wenn Herr Kellge Meyer vorhin den Antrag gemacht hat, nicht zu klagen, so ist das nicht mit dem Spiele zu spielen. Ich habe dagegen protestiert und wiederholte den Protest, daß ein höherer Beamter, der sich durch eine Verletzung eines Stadtverordneten beleidigt fühlt, in der Welt vorgeht, wie es die Herren Bedemann und v. Dossow gegen mich getan haben. Ich habe mich nicht erlauben, mich daran erinnern zu lassen, daß Herr Bedemann zwar mit einer Klage wegen Beleidigung droht, daß er selbst aber, als er wegen Verletzung verurteilt worden war (Kommunalarbeiten) den Kompetenzverstoß erhebt, also nicht zu sagen war. Das ist eine ungleiche Verteilung von Recht und Schanden.

**Staudt, Banger:** Ich protestiere als Beamter dagegen, daß man dem Beamten das Klagerrecht nehmen will. Wir sind hier nicht im Reichstage, sondern im Stadtverordneten-Kollegium, wo jeder für seine Worte einzustehen muß. Dem Herrn Meyer muß ich dafür meine Satisfaction ausdrücken, daß er zurückgenommen hat und er nicht aufrecht erhalten konnte. Damit ist die Sache erledigt.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

**Bei der Festsetzung des Haushaltsplans, Kapitel I Grundbesitz:** In dem am 1. März 1897 in dem vom Stadtvateramt am 1. März 1897 erlassenen Stadtrat für 20000 M. der Gans mit Arbeiterwohnungen erachtet worden ist, daß nur von einem Arbeiter bewohnt ist. — Stadtverordneter Dr. Keil entgegen, daß man einem Mieter doch nicht vorzeichnen sollte, wie viel Räume er belegen solle; man beschränkt sich wohl, wenn Räume zu viel benutzt werden, nicht aber, wenn sie nicht genutzt werden.

**Die Aufstellung von Kelleranlagen auf dem Wege zwischen der Schulstraße und Gintzier Gutsbrücke** ist von der Finanzkommission abgelehnt worden.

**Staudt, Meyer:** Ich bedauere, wenn die Aufstellung der Laternen dort abgelehnt wurde. Namentlich Sonntagabend, wenn auf den dunklen Wegen der Menschen kein Licht ist. Die Benutzung der Dertlichkeit bei den kranken Wegen mit den verbundenen Gefahren ist dringend notwendig. Man möge nicht den Brannen erst zusehen, wenn das Kind hineingefallen ist.

**Staudt, Grotzer:** sprach ebenfalls für die Aufstellung der Laternen.

Dem Antrage der Finanzkommission wurde zugestimmt, und damit wurde die Aufstellung der Laternen abgelehnt.

**Die Verpachtung des Hofes** zur Erhebung von Brüdengeld auf der Weinstraße soll für 1. Oktober 1897 an den bisher Gehobenen erfolgen.

**Staudt, Hilde:** Sie halten daran fest, daß das Brüdengeld auch auf der Weinstraße aufgehoben werden soll. Will man aber daran festhalten, so möchte man wenigstens die Stadt durch einen feilschenden Beamten das Geld erheben lassen, damit der volle Betrag der Stadt zu gute kommt. Der Herr Müller, welcher die Weinstraße in der Weinstraße gekauft hat, wird die Brüdengelder, hat zum Verkauf der Weinstraße, wenn sie nicht billiger wäre, es wenn ein Käufer nicht auf seine Kosten kommt. Dann ist ein neuer Prozeß unvermeidlich, der uns Launen und Abertreibungen liefert.

**Staudt, Emmer:** Ich wundere mich darüber, daß man auf der einen Seite einen Verein zur Förderung des Fremdenverkehrs vorschlägt, aber der Aufhebung des Brüdengeldes, wofür ich und meine Freunde stets stimmen werden, nicht stimmt.

**Stadtrat Walger:** Der Magistrat ist sehr impathisch, möglichst in eigener Regie zu arbeiten; einen Käufer für das Brüdengeld anzustellen, ist für mich schwer, da die Kontrolle fehlt. — Das Kollegium stimmt der Verpachtung zu.

**Bei der Festsetzung des Haushaltsplans des Kreisgerichtsbezirks tritt Staudt, Emmer für eine bessere Entlohnung der hiesigen Arbeiter ein.**

**Staudt, Hilde:** Ich will ebenfalls für Steuerfreiheit der Bonaromen ein und weiß daraufhin, daß man bei jeder Gelegenheit den Mittelstand retten würde. Gerade durch die Aufhebung der Steuerfreiheit würde die Erhebung solcher Pflanzinstrumente beinträchtigt.

**Staudt, Banger:** Die besten über die Angelegenheit erster als der Magistratsbeamten. Wenn der Befiger der Bonaromen 10 M. pro Quartal bezahlt, so genügt das vollauf.

**Staudt, Hilde:** Ich werde sich ebenfalls noch energisch gegen die Aufhebung der Steuerfreiheit der Bonaromen ein und weiß daraufhin, daß man bei jeder Gelegenheit den Mittelstand retten würde. Gerade durch die Aufhebung der Steuerfreiheit würde die Erhebung solcher Pflanzinstrumente beinträchtigt.

**Staudt, Banger:** Die besten über die Angelegenheit erster als der Magistratsbeamten. Wenn der Befiger der Bonaromen 10 M. pro Quartal bezahlt, so genügt das vollauf.

**Staudt, Hilde:** Ich werde sich ebenfalls noch energisch gegen die Aufhebung der Steuerfreiheit der Bonaromen ein und weiß daraufhin, daß man bei jeder Gelegenheit den Mittelstand retten würde. Gerade durch die Aufhebung der Steuerfreiheit würde die Erhebung solcher Pflanzinstrumente beinträchtigt.

**Staudt, Banger:** Die besten über die Angelegenheit erster als der Magistratsbeamten. Wenn der Befiger der Bonaromen 10 M. pro Quartal bezahlt, so genügt das vollauf.

**Staudt, Hilde:** Ich werde sich ebenfalls noch energisch gegen die Aufhebung der Steuerfreiheit der Bonaromen ein und weiß daraufhin, daß man bei jeder Gelegenheit den Mittelstand retten würde. Gerade durch die Aufhebung der Steuerfreiheit würde die Erhebung solcher Pflanzinstrumente beinträchtigt.

**Staudt, Banger:** Die besten über die Angelegenheit erster als der Magistratsbeamten. Wenn der Befiger der Bonaromen 10 M. pro Quartal bezahlt, so genügt das vollauf.

**Staudt, Hilde:** Ich werde sich ebenfalls noch energisch gegen die Aufhebung der Steuerfreiheit der Bonaromen ein und weiß daraufhin, daß man bei jeder Gelegenheit den Mittelstand retten würde. Gerade durch die Aufhebung der Steuerfreiheit würde die Erhebung solcher Pflanzinstrumente beinträchtigt.

**Staudt, Banger:** Die besten über die Angelegenheit erster als der Magistratsbeamten. Wenn der Befiger der Bonaromen 10 M. pro Quartal bezahlt, so genügt das vollauf.

**Staudt, Hilde:** Ich werde sich ebenfalls noch energisch gegen die Aufhebung der Steuerfreiheit der Bonaromen ein und weiß daraufhin, daß man bei jeder Gelegenheit den Mittelstand retten würde. Gerade durch die Aufhebung der Steuerfreiheit würde die Erhebung solcher Pflanzinstrumente beinträchtigt.

**Staudt, Banger:** Die besten über die Angelegenheit erster als der Magistratsbeamten. Wenn der Befiger der Bonaromen 10 M. pro Quartal bezahlt, so genügt das vollauf.

**Staudt, Hilde:** Ich werde sich ebenfalls noch energisch gegen die Aufhebung der Steuerfreiheit der Bonaromen ein und weiß daraufhin, daß man bei jeder Gelegenheit den Mittelstand retten würde. Gerade durch die Aufhebung der Steuerfreiheit würde die Erhebung solcher Pflanzinstrumente beinträchtigt.

**Staudt, Banger:** Die besten über die Angelegenheit erster als der Magistratsbeamten. Wenn der Befiger der Bonaromen 10 M. pro Quartal bezahlt, so genügt das vollauf.

**Staudt, Hilde:** Ich werde sich ebenfalls noch energisch gegen die Aufhebung der Steuerfreiheit der Bonaromen ein und weiß daraufhin, daß man bei jeder Gelegenheit den Mittelstand retten würde. Gerade durch die Aufhebung der Steuerfreiheit würde die Erhebung solcher Pflanzinstrumente beinträchtigt.

**Staudt, Banger:** Die besten über die Angelegenheit erster als der Magistratsbeamten. Wenn der Befiger der Bonaromen 10 M. pro Quartal bezahlt, so genügt das vollauf.

**Staudt, Hilde:** Ich werde sich ebenfalls noch energisch gegen die Aufhebung der Steuerfreiheit der Bonaromen ein und weiß daraufhin, daß man bei jeder Gelegenheit den Mittelstand retten würde. Gerade durch die Aufhebung der Steuerfreiheit würde die Erhebung solcher Pflanzinstrumente beinträchtigt.

**Staudt, Banger:** Die besten über die Angelegenheit erster als der Magistratsbeamten. Wenn der Befiger der Bonaromen 10 M. pro Quartal bezahlt, so genügt das vollauf.

**Staudt, Hilde:** Ich werde sich ebenfalls noch energisch gegen die Aufhebung der Steuerfreiheit der Bonaromen ein und weiß daraufhin, daß man bei jeder Gelegenheit den Mittelstand retten würde. Gerade durch die Aufhebung der Steuerfreiheit würde die Erhebung solcher Pflanzinstrumente beinträchtigt.

**Staudt, Banger:** Die besten über die Angelegenheit erster als der Magistratsbeamten. Wenn der Befiger der Bonaromen 10 M. pro Quartal bezahlt, so genügt das vollauf.

**Staudt, Hilde:** Ich werde sich ebenfalls noch energisch gegen die Aufhebung der Steuerfreiheit der Bonaromen ein und weiß daraufhin, daß man bei jeder Gelegenheit den Mittelstand retten würde. Gerade durch die Aufhebung der Steuerfreiheit würde die Erhebung solcher Pflanzinstrumente beinträchtigt.

zur Hand gebracht. Umthliche Angelegenheiten sollten dem Schuld und hatten zahlreiche Entlassungen lauen lassen, durch die sie ihr Miß nachweisen wollten. Der Staatsanwalt hielt seine Beweis aber für mangelhaft, die Persönlichkeiten der Angeklagten vielmehr durch die Befolgung zweifellos als Täter festgesetzt. Er beantragte gegen Lange vier Monate, gegen Drey einen Monat, gegen Glend und Müller je eine Woche Gefängnis. — Der Gerichtshof bewertete Lange zu sechs Monaten drei Tagen, Drey zu drei Monaten, Glend zu zwei Wochen und Müller zu einer Woche Gefängnis.

### Gemeindezeitung.

**Stellen.** (Fig. Ver.) Der hiesige Konsumverein, der durch die bekannte Entschuldigungsliste unersch Parteilosigkeit als als Lagerhalter, die sie begleitenden und die daraus resultierenden Unannehmlichkeiten in der Genossenschaftsbewegung zu einer traurigen Berühmtheit gelangt ist, veröffentlicht jetzt seinen Jahresbericht. Daraus sind nun die Folgen und die beherrschenden Resultate jenes Gemaltes mit abschreckender Klarheit zu sehen, so sehr auch die Verwaltung bemüht gewesen ist, die Sache möglichst zu verschleiern. In Zukunft ist die Mitgliederzahl, die bei Ausbruch der Differenzen rund 430 betrug, auf 274 gesunken, trotz des erheblichen Zuwachses aus gegenwärtig 174, wie der Bericht sagt. Der Umsatz ist um 34 900,00 M. geringer geworden. Höchst ist aber zu beachten, daß der Umsatz erst im zweiten Halbjahre vor sich gegangen ist, und hat die neu errichtete Filiale des Allg. Konsumvereins Halle in den 5 1/2 Monaten ihres Bestehens hierüber rund 40 000 M. umgewandelt. Trotz dieses sehr geringeren Umsatzes sind aber die Einkünfte gegen das Vorjahr um 300 M. gestiegen, und der Reingewinn um 704,00 M. weniger geworden. Das ist die naturgemäße Folge jeder Wucherhaftigkeit der Verwaltungsmehrheit; auch hat die angelegte Prozessiererei ihr Teil dazu beigetragen, womit heute noch kein Ende abzusehen ist.

Um nun den weniger informierten und die Behandlung der Zahlen weniger vernehmlichen Mitgliedern weiter Sand in die Augen streuen zu können, schlägt die Verwaltung trotzdem eine Verteilung von 14 Proz. Dividende vor, gegen 15 Proz. der vier vorhergehenden Jahre. Dabei wird aber den Dispositionen und dem Produktionsfonds nicht ein Pfennig, dem Reservefonds ganze 55,75 M. überwiehen, während in den Jahren vorher diesen Fonds, die, nebenbei bemerkt, auf Streben unserer Genossen und nach schweren Kämpfen mit der rücksichtslosen Verwaltung eingerichtete wurden, je 300 M. überwiehen werden konnten. Im übrigen ist diese lächerliche Zugabe von nur 55,75 M. zum Reservefonds ein schwerer Verstoß gegen die § 8 68 und 81 der Statuten des Vereins, die § 7 23 f. 4 des Genossenschaftsgesetzes. Um so schwerer ist dieser Verstoß, als er benutzt und mit voller Ueberlegung vorgenommen ist. Erst gelegentlich der im Juni vorgenommenen Revision hat das Verbands-Ratsoff auf das Ungeheuerliche dieser Handlung ausdrücklich hingewiesen, wo es auch früher schon der „gute Freund“, Herr Rechnungsrat Reibsch, getan hat.

Das Halleische Amtsgericht wird sicherlich sehr ebenso penibel verfahren und die strengste Beachtung der statutarischen und genossenschaftsrechtlichen Bestimmungen botantimentieren, wie es sich freierzeit der von der Generalversammlung ihres Amtes abgesetzten Verbandsmitglieder anmahnt. — Berichtig ist aber wohl die Frage, warum unternimmt die Verwaltung derartige Ungeheuerlichkeiten? Sind die Herren auch hier noch der Meinung wie früher, wo es immer und zwar begehrensdürftig hieß: Das Gericht steht auf unserer Seite! Mit uns nimmt es das Gericht nicht so genau! Uns rechnet das Gericht die Kosten nicht so hoch an usw. Mag sein, jedenfalls steht aber fest, daß die Verwaltung zunächst die Mitglieder damit irren führt. Wenn nämlich dem Reservefonds anstatt 55,75 M. die gesetzlich erforderliche Summe von 1010,70 M. überwiehen, wenn dem einzelnen Fonds entsprechend darüber ausgehört werden, wie das die Verwaltung, die wirklich genossenschaftlich denkt und handelt, und die wirklich zur Rettung des Konsumvereins beabsichtigt ist, tut, dann hätten eben nicht 14 sondern nur 13 oder 12 Proz. Dividende ausgehört werden können, und dann wäre das auch den kommenden Schritten unter den Mitgliedern mehr aufgefallen. Wir sind jedenfalls die letzten, die die Befähigungsfähigkeit eines Konsumvereins nach der Höhe der gezahlten Dividende beurteilen, denn das wird gerade hier wieder bewiesen, trotz 14 Proz. Dividende steht es innerlich faul, und ganz klammert wird bewiesen, was unsere Parteigenossen seit Jahren moniert haben, und wogegen sie angekämpft haben. Ungehörig und unanständigen und Verschwendung des Vorwandes führt zum Ruin.

Sobald anzurechnen und allen Genossenschaftsmitgliedern als nachdememert zu bezeichnen ist der Eier und die genossenschaftliche Freue der vertriebenen Mitglieder des Vereins, deren Durchschnitts-Umsatz die Höhe von 705 M. erreicht hat. Jedenfalls beweisen sie damit, daß sie ein ganz Teil genossenschaftlicher handeln, wie ihr Vorstand.

Was im übrigen der Bericht über die Urfahren des Rückganges des Vereins infolge der Entlassung des Lagerhalters Röder sagt, zeigt den Verfasser deselben und mit ihm die ganze Verwaltung in ihrer ganzen Demagogie und Verberbungslust, gleichzeitig beweist es auch, daß sie des Weites ihres Selbstvertrauens, der Halleischen Zeitung, gelehrig, Schüler sind. Sie schließen den ausgetretenen Mitgliedern jetzt die politische Meinungen unter, von denen sie einzal und allein bei der Entlassung des Genossen Röder befehl waren, und von denen sie geleitet wurden. — Was über den Höhepunkt und die weitere Entwicklung der Filiale des Allg. Konsumvereins Halle am Orte gesagt ist, so ist dabei bezeichnend der Wunsch der Vater des Gedankens gemeint. Von allem andern abgesehen, beweisen jedenfalls die Umsätze und der Zulpruch der Filiale, daß ihre Mitglieder sehr wohl zu schätzen wissen und zu unterstützen verstehen, ob ein Konsumverein nach genossenschaftlichen Prinzipien und Maximen geleitet wird oder nicht.

### Halle und Saalkreis.

Halle, 21. Februar.

#### Was dem Stadtverordnetenrat.

Keine Sitzung, ohne daß das Gekleid des entlassenen Branddirektors Michel umgeht. Gestern nahm noch vor Eintritt in die Tagesordnung der Magistrat selbst Veranlassung, seine Unschuld nachzuweisen. Es gelang ihm nicht, und all sein Bitten, die Halleischen Zeitung, gelehrig, Schüler sind. Sie schließen den ausgetretenen Mitgliedern jetzt die politische Meinungen unter, von denen sie einzal und allein bei der Entlassung des Genossen Röder befehl waren, und von denen sie geleitet wurden. — Was über den Höhepunkt und die weitere Entwicklung der Filiale des Allg. Konsumvereins Halle am Orte gesagt ist, so ist dabei bezeichnend der Wunsch der Vater des Gedankens gemeint. Von allem andern abgesehen, beweisen jedenfalls die Umsätze und der Zulpruch der Filiale, daß ihre Mitglieder sehr wohl zu schätzen wissen und zu unterstützen verstehen, ob ein Konsumverein nach genossenschaftlichen Prinzipien und Maximen geleitet wird oder nicht.

Die letzte Panorama-Debatte hat den Erfolg gehabt, daß rändige Ausstellungen dieser Art nicht mehr mit möglich

